

DP

DEUTSCHE POLIZEI

05/25

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Geschlossene Einheiten

Mehr Bereitschaft geht nicht



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Hervorragende Absicherung bei Dienstunfähigkeit.

Als Polizeibeamtin oder Polizeibeamter sind Sie im Einsatz für alle Bürger. Trotz Ihrer Top-Ausbildung kann hierbei immer etwas passieren und Sie werden dienstunfähig. Machen Sie sich deswegen keinen Kopf: Mit unserer speziellen Dienstunfähigkeitsabsicherung stehen wir an Ihrer Seite. Lassen Sie sich gleich ein persönliches Angebot erstellen!



SIGNAL IDUNA Gruppe
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, oed-info@signal-iduna.de

Titel

Bereitschaftspolizei im Gespräch



2 Mehr Einsatz FÜR uns!

5 Stimmen

6 Ich hoffe, dass unsere Demokratie auch diese Unwucht überdauert

7 Ein Beruf voller Herausforderungen und politischer Verantwortung

Die deutsch-französische Einsatzeinheit – Unité Opérationnelle Franco-Allemande „Daniel Nivel“



8 Grenzen verschwinden

Innenleben

12 Vertretbarer Kompromiss

13 Wir stehen an Eurer Seite

Künftige Funkstreifenwagen im Blick



14 Energiekonzept und Ladeinfrastruktur

16 Die eigene Gesundheit wertschätzen

17 Verfassungsschutzbehörden zukunftsicher aufstellen

18 Hervorragende Netzwerke, Spitzenlandesverband, kompetente Fachausschüsse und super Rechtsschutz

21 „Wenn Du Menschen überzeugen willst, darfst du nicht den falschen Weg einschlagen“

24 Unter Spannung

28 In Gedenken

Hingeschaut

Islamistischer Extremismus und Terrorismus in Deutschland



30 Wachsende Bedrohung

Termine

26 Bikertreffen im Thüringer Wald/ Rennsteig

32 **Medienrückblende**

32 **Impressum**



DEINE GdP-APP

Deine neue GdP-App: alles im Blick, schnell und einfach. Mit den Top-News der GdP und dem Schichtkalender sowie Streifenhelfer als Herzstücke. Doch zu entdecken gibt es noch viel mehr ...



DP – DEUTSCHE POLIZEI

Deine digitale DP, wo und wann immer Du willst: selbstverständlich inklusive aller Landes- und Bezirksjournale. Übrigens auch mit der „POLIZEIPRAXIS“. Wenn Du sagst, „Papier, nein danke“, ist das Deine DP-Alternative.





dpb/CHROMORANGE/Meike Böhmer

BEREITSCHAFTSPOLIZEI IM GESPRÄCH

Mehr Einsatz FÜR uns!

Die Polizei ist permanent gefordert. Ein Ende ist nicht abzusehen. Mindestens seit der Fußball-Europameisterschaft bleibt kaum Zeit, Luft zu holen. Und dennoch gibt es Termine, die symptomatisch für „kein Dienstfrei“, „Unterstützungseinsatz“, „zeitliche Vergütung“, „lange Fahrten“, „Verpflegung“ und letztlich „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ stehen. In diesem Monat steht der 1. Mai an. Und jede und jeder in der Polizei weiß, was das bedeutet. DP im Gespräch mit zwei Kollegen aus Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftspolizei (BePo). Beide sind zudem Mitglieder des GdP-BePo-Bundesfachausschusses.

Michael Zielasko

Die Technik funktioniert. Zugeschaltet ist zunächst Dirk Müller aus Baden-Württemberg. Der Saarländer Jens Wichmann kommt ein paar Minuten später hinzu. Dirk ist im Laufe seiner Dienstkarriere mit den geschlossenen Einheiten fest verbandelt. „Natürlich hast du als Bereitschaftspolizist die entsprechende Einstellung. Wenn du dabei bleibst, ist das eine bewusste Entscheidung.“ Lächelnd fügt er hinzu: „Aber irgendjemand muss die Einsätze ja machen.“ Jens, ebenfalls ein – mit Verlaub – BePo-Urgestein, stimmt zu. Obwohl sie sich für diesen nicht selten sehr herausfordernden Teil der Polizeiarbeit bewusst entschieden haben, gibt es Dinge, die sie nerven. „Weißt Du“, sagt Dirk, „der 1. Mai ist eine große Einsatzlage, bei der wir oft Berlin unterstützen. Und dann lernen wir den Föderalismus und die verschiedenen Standards kennen.“ Man fährt los, macht den Dienst und ist dann oft mit einem Kollegen zu zweit auf einem Zimmer mit Doppelbett, erzählt er. „Das wird bei uns im Ländle als Freizeit gehandelt.“ Andere Kolleginnen und Kollegen könnten mit einer 1-zu-1-Vergütung rechnen. „Die fahren los, und die Zeit läuft durch.“ Zum

Beispiel Jens. Aus seiner Saarländer-Perspektive wirkt er entspannter. „Wir bekommen in der Regel die 1-zu-1-Vergütung, wenn Einsatzbereitschaft angeordnet ist“. Tja, Föderalismus halt.

Dirk nimmt langsam Fahrt auf. „Ärgerlich ist auch, dass wir zur Bewältigung von großen Einsatzlagen mit einem hohen Kräfteinsatz vielfach eine zu geringe Anzahl von Funkgruppen für die Einheiten zur Verfügung haben.“ Für die Einsatzbewältigung ist eine stabile Kommunikation nun einmal enorm wichtig. Auch das „Müssen-müssen“ stelle die eine oder andere Hürde dar. „Von einem professionellen Entsorgungskonzept erwarte ich, dass auch mit angelegter Schutzausrüstung ein gefahrloses Betreten der Toiletten möglich ist.“ Das betreffe insbesondere die weiblichen Einsatzkräfte, betont er. Deshalb wünscht sich Dirk, dass auch Baden-Württemberg sich endlich entschließt, Toilettenkraftwagen zu beschaffen. „Da ist uns der Osten der Republik mal wieder voraus, wo alle Bundesländer einschließlich Bundespolizei entsprechend ausgestattet sind“, erzählt Dirk.

Und wie steht es um die Ausrüstung? „In den BFE'en hat sich in den vergangenen Jahren vieles zum Positiven entwickelt. Wir haben diesen speziellen Einsatzbereich, und die KSA, also die Körperschutzausrüstung, ist jetzt nicht unbedingt unser drängendstes Problem“, führt Dirk fort. Auf Dauer sei jedoch alles, was man lange trägt, irgendwann schwer und gesundheitsschädigend. „Das haben wir in Baden-Württemberg auf dem Schirm“, und meint spezielle Präventionsprogramme zur Vorbeugung und Erhalt der körperlichen Fitness. Leider fehlt neben dem Einsatzgeschehen des Öfteren die dafür erforderliche Zeit. Richtig meckern möchte auch Jens nicht. Dennoch wünscht er sich mehr politische Geschwindigkeit und Entscheidungsfreude. „Vor dreieinhalb Jahren etwa hatten wir Landtagswahlen. Und es hat schon gedauert, bis die neue Regierung die Bereitschaftspolizei relativ gut aufgestockt hat.“ Außerdem würde man vom Bund gut bedient. „Aber, wir sind halt ein kleines Land mit nur einer Hundertschaft.“

Größere Sorgenfalten verursacht bei den beiden Gewerkschaftern jedoch der Zustand der Fahrzeuge bei der Bundespolizei sowie die Frage, woher denn das Geld für modernes Gerät kommen soll. Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder benötige grundsätzlich ein größeres Budget. Es be-laufe sich seit Jahren auf etwa 20 Millionen Euro, 50 müssten es aber mindestens sein. Dies mit Blick auf einen sich von Jahr zu Jahr erhöhenden Investitionsstau von jetzt rund 200 Millionen. Wie soll der Inspekteur mit diesen überschaubaren Finanzmitteln alle Länder ausreichend bedienen, steht als Fra-

ge im Raum. Kann er nicht! Da, wo es um die BePo besser steht, zahlt eben auch das Land das eine oder andere aus dem eigenen Säckel. Den zugegebenermaßen nicht gerade spottbilligen sogenannten Sonderwagen 5 allerdings nicht. „Die finanziellen Mittel waren in den vergangenen Jahren hauptsächlich für die Finanzierung und den Austausch von Halbgruppenfahrzeugen erforderlich. Ein moderner Fuhrpark ist essenziell, aber leider nicht in allen Bereichen und Ländern durchgreifend gegeben“, klärt Dirk auf. Natürlich würden es beide Gewerkschafter begrüßen, wenn zeitnah die Auslieferung des SW 5 erfolgt. Die Kostensteigerung hat auch vor diesem Spezialfahrzeug nicht Halt gemacht, die Kosten haben sich aktuell nahezu verdoppelt.

Thema Einsätze und Belastung: Kaum voneinander zu trennen sind das Fußballgeschehen und die Bereitschaftspolizei. „Das beschäftigt uns im Saarland eigentlich das ganze Jahr“, sagt Jens. Der 1. FC Saarbrücken in der 3. und die SV Elversberg in der 2. Bundesliga sind momentan in Schlagdistanz zu den Aufstiegsplätzen. „Was da auf uns zurollen würde, ist massiv.“ Baden-Württemberg hat da noch einiges mehr zu bieten. „Bis in die 3. Liga sind wir recht gut vertreten. Fußball bildet einen Schwerpunkt im Einsatzgeschehen.“ Echte Hochrisikospiele, schränkt Dirk ein, seien in Baden-Württemberg eher selten. Nicht zu vergleichen mit den Verhältnissen im Nord-Osten oder im Westen. „Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn unser Innenminister die nun gesetzliche Möglichkeit nutzen würde, Kostenanteile bei Hochrisikospiele den Vereinen in Rechnung zu stellen und diese frei werdenden Finanzmittel direkt der Polizei zufließen zu lassen.“

Jens: „Sobald es bei uns in Richtung Hochrisikospiele läuft, kommen wir mit un-

serer Bereitschaftspolizei nicht mehr aus. Dann benötigen wir eigentlich immer Einheiten aus Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Auch die Bayern und Hessen waren schon bei uns. Und als Nehmerland fällt uns dann schon auf, dass Zusatzausstattung wie verbesserte aktive Gehörschutzausstattungen bei uns nicht ankommen.“ Die GdP fordere seit Jahren den aktiven Gehörschutz für alle Einsatzkräfte, die vorwiegend im Fußball- und Demo-Bereich arbeiten, ergänzt Dirk. Beide Kollegen sind sich einig, dass die Debatte um das Karlsruher Polizeikosten-Urteil noch lange nicht beendet ist. Genauso muss es Ziel sein, dass die Bereitschaftspolizeien bundesweit in jeder Beziehung auf Augenhöhe in ihre Einsätze gehen können. Dirk: „Als Kolleginnen und Kollegen in den geschlossenen Einheiten arbeiten wir sehr ähnlich. Unsere Denke, unsere Taktiken, wir verstehen uns. Es muss aber noch viel passieren, bis wir diese Gemeinsamkeiten auch für das Personal und die Ausstattungen mit Führungs- und Einsatzmitteln feststellen.“

Auch bei der Verpflegung? „Da haben wir im Ländle tatsächlich ein hohes Niveau erreicht“, erklärt Dirk. Natürlich kann man es nicht jedem recht machen. „Aber wir haben zurzeit die Möglichkeit, aus sechs verschiedenen Verpflegungsvarianten im Einsatz auszuwählen. Der hierzu wissenschaftlich begleitete Pilot im Polizeipräsidium Einsatz hat sich wirklich mehr als ausgezahlt“, sagt er.

Etwas mehr Flexibilität wünscht sich Dirk noch im Bereich der Warmverpflegung, insbesondere bei langen Einsätzen. Aber auch da sind positive Tendenzen feststellbar. Gerade ausgewogene, warme Verpflegung wird von den Einsatzkräften als sehr positiv empfunden. „Bei uns im Saarland war die Verpflegung fast auf dem Nullstand. Gut, dass sich etwas getan hat“, fügt Jens an. „Es läuft



Einsatzkräfte der saarländischen Polizei drängen in Elversberg Anhänger des Fußballvereins FC Hansa Rostock zurück.

„Und dann lernen wir den Föderalismus und die verschiedenen Standards kennen.“

„Heute werden wir zwar selten mit Molotowcocktails oder Gehwegplatten beworfen. Abgenommen hat die Gewalt jedoch nicht, sie ist diffiziler geworden.“



Baden-württembergische Bereitschaftspolizisten am Rande eines Hochrisikospiels in Mannheim.

halt überwiegend über Verpflegungsbeutel.“ Die seien nicht ganz so luxuriös wie in Baden-Württemberg, sagt Jens, verschweigt jedoch nicht, dass im Saarland keine langen Anfahrstrecken anfallen und daher „nun mal gerne auf die Warmverpflegung verzichtet“ wird.

Noch ein heikles Thema: BePo und Freizeit. „Als Polizei und gerade in den geschlossenen Einheiten gilt 24/7. Das ist jedem bewusst, der zu uns kommt. Freizeit zu steuern, ist die hohe Kunst. Bei uns in der BFE haben wir im Jahr vier Wochenenden pro Einheit, an denen die ganze Gruppe planbar freihat. Ansonsten kann ich ungefähr einem Viertel der Kräfte einen Tag freigeben, um die Einsatzstärke zu halten. Bereitschaftspolizei kann man sich halt nicht schönrechnen“, führt Dirk auf. Um sogenannte Betonwochenenden zu garantieren, komme man um eine personell starke Bereitschaftspolizei nicht herum. Das Gleiche gelte für Fortbildungsmaßnahmen und Ähnliches. „Wir sind Spezialisten. Spezialisten müssen sich spezialisieren und benötigen dann dafür auch mal Einsatzfrei. Und das bekommt man nur mit einer zahlenmäßig gut aufgestellten Mannschaft hin.“ Jens nickt. „In den kleinen Ländern mit nur einer BFE kannst du der Truppe nie auf einmal freigeben. Wir können also außer an dem einen jährlichen Gemeinschaftstag nie zusammen etwas unternehmen.“

Natürlich ist auch die Gewalt gegen die Einsatzkräfte ein täglicher Begleiter. „Meine Wahrnehmung ist, dass das Gegenüber gezielter Gewalt anwendet. Das Ganze ist schwierig zu kalkulieren, weil Gewalt aus dem heiteren Himmel kommen kann“, be-

tont Dirk und führt als Beispiel Fußballspiele auf, die man als Risikobegegnungen nicht unbedingt im Fokus hatte. „Ich bin schon eine Weile dabei und habe Kontakt zu Kollegen, die die harten 1980er-Jahre noch mitgemacht haben. Heute werden wir zwar selten mit Molotowcocktails oder Gehwegplatten beworfen. Abgenommen hat die Gewalt jedoch nicht, sie ist diffiziler geworden.“ Zum Beispiel, indem versucht wird, einzelne Einheiten aufzusplitten und in einen Hinterhalt zu bringen. Dirk: „Das ist dann schon eine Qualität, die eine gewisse Organisation beim Gegenüber benötigt.“ Fußballfans würden erfinderischer, meint Jens. Es wird versucht, Drittortsauseinandersetzungen zu forcieren. „Bei uns im Saarland“, erklärt Jens, „hat Elversberg keine Fanszene. Also sind die Kölner Gäste dann nach St. Johann in Saarbrücken. Das ist das typische Hoheitsgebiet der Saarbrücker Fanszene. Völlig abgesetzt hat sich eine Auseinandersetzung angebahnt. Dann mussten wir eilig Kräfte an einen Einsatzort verschieben, den wir zunächst nicht im Plan hatten.“ Dirk kommt noch auf Ultras zu sprechen: „Die treten massiv auf. Da kommen 300, 400 Leute, alle schwarz gekleidet, klares Machtgehabe. Die reisen mit der Bahn nach Ulm an. Dann marschiert dieser Block quer durch die Stadt, Richtung Stadion. Begleitet von der Polizei. Passanten, die am Sonntagnachmittag ihren Spaziergang durch die Innenstadt machen und vielleicht ein Foto machen wollen, werden aus der Gruppierung heraus oftmals übel angegangen und bedroht.“

Weiter geht es mit der Pyrotechnik. Dirk, der gerne mit Sohnmann ins Stadion geht,

will die giftigen Gase nicht einatmen und äußert einen deutlichen Wunsch: „Wenn nach einem Spiel mit dem erheblichen Verbrennen von Pyrotechnik mal 5.000 Fußballzuschauer zur Polizei gehen und wegen der eingeatmeten Rauchgase oder gereizter Augen Anzeige wegen Körperverletzung erstatten würden, was passiert dann?“ ■



privat

Dirk Müller

ist seit 1996 bei der Polizei und leistete zwar in verschiedenen Einheiten, jedoch durchgängig in geschlossenen Einheiten beziehungsweise bei der Bereitschaftspolizei seinen Dienst. Aktuell ist er Einheitsführer einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in Baden-Württemberg und Mitglied des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei.



GdP

Jens Wichmann

hat bereits 1990 angefangen, war zunächst fünf Jahre bei der Bereitschaftspolizei, danach neun Jahre im Einzeldienst und ist 2003 zurück zu den geschlossenen Einheiten. Heute ist er stellvertretender BFE-Einheitsführer.



Stimmen

”

Einsatzzeiten von 12 bis 15 Stunden sind eher die Regel, denn die Ausnahme. In Verbindung mit dem stundenlangen Tragen der Körperschutzausstattung und weiteren FEM wie etwa BAT-Rucksäcke und Feuerlöscher belastet dies die eingesetzten Kräfte körperlich enorm. Regelmäßige präventive Angebote und eine Anrechnung der Tragezeiten sollten stärker in den Fokus gestellt werden, um den Belastungen der Einsatzkräfte entgegenzuwirken und Wertschätzung auszudrücken!“

Sascha Lang

Mitglied des Bundesfachausschusses
Bereitschaftspolizei, Rheinland-Pfalz

”

Es wird endlich Zeit, dass man die besonderen Belastungen für die operativen Kräfte der Bereitschaftspolizei anerkennt. Die Kurzfristigkeit, Unplanbarkeit und das Tragen der Körperschutzausstattung bei Einsätzen hinterlassen auf lange Sicht Spuren, denn unplanbarer Dienst ist noch gesundheitsschädlicher als Wechselschichtdienst. Wir brauchen endlich eine Faktorisierung der KSA-Tragezeiten und eine Reduzierung der Lebensarbeitszeit!“

Andreas Maier

Vorsitzender der Bezirksgruppe PP ELT
(Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik)

”

Die Einsatzbelastung insgesamt ist sehr wechselhaft. Neben den wiederkehrenden Einsatzlagen im Kontext von Fußballspielen haben sich die Einsatzanlässe mit politischem Bezug in den vergangenen vier Jahren in Niedersachsen gefühlt eher verringert. Bei entsprechenden weltpolitischen Ereignissen wie dem russischen Angriffskrieg, dem Hamas-Terror gegen Israel oder auch innenpolitischen wie der CDU-Bundestagsabstimmung unter Inkaufnahme von AfD-Stimmen kommt es für kurze Zeit zu einer höheren Einsatzbelastung. Viele Einsatzlagen werden mit einem sehr hohen Kräfteansatz bewältigt. Die BePo wird immer mehr bei Durchsuchungseinsätzen eingebunden oder unterstützt Projekte der Flächenbehörden. Richtigerweise wird auch die Aus- und Fortbildung verstärkt weiterbetrieben. So ist die Arbeitsbelastung insgesamt nicht gering.

In Niedersachsen kommt es in der Regel nicht zu intensiven Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, rechts wie links. Womöglich fehlt insbesondere dem (militanten) linken Spektrum die Kraft. Auch bei Einsatzlagen im Kontext des rechten Spektrums kann ich keine erhöhte Intensität feststellen.

Eines der wichtigsten gewerkschaftspolitischen Themen ist nach meinem Dafürhalten die finanzielle Wertschätzung, etwa eine Bepo-Zulage. Meine Kollegen und ich stehen dem Land, trotz keiner Bereitschaftszeiten, mehr oder weniger zu jeder Tages- und Nachtzeit für Alarmierungen zur Verfügung: für spontane Ausschreitungen, Vermisstensuche, Bombenräumungen, Demonstrationen oder Katastrophenhilfe. Die meisten Beamten kommen, sofern es möglich ist, zum Dienst. Nicht nachvollziehen können wir, dass unsere wenig planbaren und zu jeder Uhrzeit stattfindenden Dienstzeiten nicht eine ähnliche finanzielle Zulage wert sind wie der Schichtdienst.

Zweitens: Das sogenannte 120er-Programm zur Stärkung des polizeilichen Einzeldienstes. Dabei wird die BePo-Niedersachsen um 120 PVB reduziert. Dies, um den erheblichen Personalmangel im Einzeldienst zu verringern. Der Eindruck verfestigt sich, dass die politische Führung der Polizei versucht, auf Kosten der BePo, ihre offenbar jahrelange fehlerhafte Einstellungs- und Personalpolitik zu korrigieren. Ob die zusätzlichen Kräfte in der Fläche einen Unterschied machen? Fraglich. Klar ist jedoch, die BePo wird geschwächt“, sagt ein Mitglied einer niedersächsischen BePo-Hundertschaft.

”

Die Polizei spürt täglich den fehlgeschlagenen politischen Diskurs hautnah. Speziell die Bereitschaftspolizei als „Mädchen für alles“- und ich glaube mich zu erinnern, dass die GdP sie in der Vergangenheit selbst als „Prügelknaben der ganzen Nation“ bezeichnet hat. Das sind sie! Das sind wir! Und in unserer DNA ist nicht nur unser Eid, sondern auch der Teamgedanke fest verankert. Ohne diesen wäre die anwachsende, fehlende Rückendeckung von Politik und Dienstherren kaum zu kompensieren. Rückendeckung als wahre Stärke ist ausschließlich auf direkten dienstlichen Ebenen zu spüren.

Wir leben in verhältnismäßig schweren Zeiten. Nach Pegida und Corona sind unsere Kolleginnen und Kollegen gebrandmarkt. Gebrandmarkt von politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf uns. Auf die Menschen, die in ihren Stiefeln das Grundgesetz und unsere Demokratie verteidigen. Teils mit ihrer Gesundheit und nicht selten mit dem wachsenden Gefühl, dass Einsatzgrundsätze zunehmend in Abhängigkeit machtpolitischer Realitäten an Einsatzorten gestaltet werden. Man kann hier sicherlich von einer Form von Instrumentalisierung unserer Kolleginnen und Kollegen (noch) aus der „politischen Mitte“ heraus sprechen.

Dass sich seit Jahren nichts wirklich Durchgreifendes in Sachen „Lastenausgleich“ bezüglich der besonderen Herausforderungen in der Dienstgestaltung tut, verschärft die Situation zusätzlich. Das Trostpflaster „Verbindlichkeitszeitraumzulage“ und das Glücksspiel um die „Dienstpaarbildung“ fühlt sich diesbezüglich tatsächlich mehr nach Hohn als nach Wertschätzung an.

Lasst uns Wertschätzung nicht nur aufschreiben, sondern leben!“



Lucienne Schubert
KG BePo Chemnitz



DP-Autor Eckhard Christian Metz.

DIE MEINUNG EINES OSTDEUTSCHEN POLIZISTEN

Ich hoffe, dass unsere Demokratie auch diese Unwucht überdauert

Eckhard Christian Metz, (GdP-Sachsen-Anhalt), Vorsitzender GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei

Die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 hat auf der politischen Landkarte Deutschlands die Mauer wieder eingezeichnet. Länger als das die Deutschen trennende Bauwerk als innerdeutsche Grenze mahnte, scheint die Mauer in den Köpfen der Menschen bis heute fortzubestehen.

Im Detail fällt auf, dass die Menschen in Ost- und Westdeutschland jedoch nicht so anders gewählt haben, wie es auf den ersten

Blick anmuten mag. In Ost wie West entfallen knapp 50 Prozent auf CDU/CSU und AfD – lediglich in vertauschten Rollen. Während im Westen die CDU/CSU mit 30,6 Prozent als Wahlsieger hervorging, setzten die Ostdeutschen zu 34,5 Prozent ihr Kreuz bei der AfD. Insgesamt also ein deutlicher Rechtsruck.

Aber was hat es mit diesem vermeintlichen Rechtsruck auf sich? Mit Blick auf die Entwicklung der AfD von 2013 bis heu-

te, muss man feststellen, dass die Zustimmungswerte für die in Teilen rechtsextreme Partei, gerade unter Jungwählern (18- bis 24-Jährige), immer weiter steigen.

Wir leben in einer Zeit, die geopolitisch nicht aufgeheizter sein könnte. Sie wurde erhitzt durch die Flüchtlingskrise und die Coronapandemie. Der weiterhin andauernde russische Angriffskrieg, der Hamas-Terror gegen Israel und die zahlreichen tragischen Anschläge in Deutschland halten die Temperaturen hoch. Gefühlt gab es nie eine Pause – weder zum Innehalten noch zum Durchschnaufen.

Dreht sich die Erde immer schneller? Teile nur ich diesen Eindruck? Fake-News sind keine Zeitungsenten, sie sind keine überspitzen Schlagzeilen der Boulevardpresse. Wir haben es mit KI-generierten, viral gehenden, hochprofessionellen und gezielt eingesetzten Propagandamitteln zur Beeinflussung bestimmter Zielgruppen zu tun.

In einer solchen Zeit wünschen sich manche „klare Verhältnisse“ und verlässliche Antworten auf die Fragen der Zukunft. Man erhofft sich einen Macher, einen, der anfasst, einen, der führt. Einiges klingt bekannt und für die eine oder den anderen wie eine Analogie zum Anfang des letzten Jahrhunderts.

Bei belegbaren Sätzen, die zweifellos keine Fake-News sind, wie „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolute Böse darstellt.“ (Björn Höcke, AfD) oder „Abschiebung der Antifa nach Buchenwald“ (Mirko Welsch, AfD) muss es doch nachdenklich machen, was Hans-Thomas Tillschneider (AfD) wohl meint, wenn er sagt „Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD!“

Angesichts solcher Aussagen ist nach meinem Dafürhalten klar: Wer die AfD wählt, muss kein Nazi sein. Aber, wer AfD wählt, muss wissen, dass er für rückwärts-gewandte Neonazis stimmt!

Mir fällt es schwer vorzustellen, wie künftig die politische Einflussnahme auf meinen polizeilichen Auftrag zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung aussehen wird, sollte der gesichert rechts-extreme AfD-Landesverband im kommenden Jahr einen Regierungsauftrag in Sachsen-Anhalt erhalten.

Ich bleibe – wie immer – Optimist und hoffe, dass unsere Demokratie auch diese Unwucht überdauert und wir in ein paar Jahren von der AfD als „Vogelschiss in der politischen Geschichte Deutschlands“ reden. ■



BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Ein Beruf voller Herausforderungen und politischer Verantwortung

Mike Pfützner, GdP Sachsen/MA BFHuSN

Seit über 35 Jahren bin ich Beamter der Bereitschaftspolizei und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Arbeit in der BePo ist abwechslungsreich und vielfältig. Von Fußballspielen mit ihren emotionalen Ortsderbys über Demonstrationen unterschiedlichster Art – ob bürgerlich, rechts, links oder mit migrantischem Hintergrund – bis zu Castortransporten, Abschiebungen und präventiven Maßnahmen in Schulen oder Kindergärten und mehr noch. Diese Einsätze sind nicht nur spannend. Sie sind auch politisch bedeutsam, da sie oft gesellschaftliche Spannungen und einhergehende Herausforderungen widerspiegeln.

Die Bereitschaftspolizei agiert dabei stets neutral – unabhängig von der politischen Ausrichtung der Einsätze. Doch diese Neutralität wird oft auf die Probe gestellt, insbesondere bei Demonstrationen oder Veranstaltungen mit stark polarisierten Teilnehmenden. Als Beamter wird man dort nicht selten mit politischen Meinungen konfrontiert, sei es durch Kolleginnen und Kollegen oder durch die Öffentlichkeit. Diese Meinungen können schnell zu einer Kategorisierung führen, die das Arbeitsklima beeinflusst.

Die Bereitschaftspolizei ist ein Beruf, der seinen Beamten viel abverlangt. Überlange Einsatzzeiten, kaum freie Wochenenden und die Belastung für die Familie sind ständige Begleiter. Meine Frau und die Kinder mussten oft zurückstecken, da meine Arbeitszeiten selten mit ihrem Alltag harmonierten. Obwohl der Beruf eine gewisse Sicherheit und eine gute Bezahlung (auch

wenn man bestimmte Zulagen bei anstrengenden Diensten trotzdem nicht erreicht) bietet, stellt sich die Frage, ob dies die persönlichen Opfer aufwiegt.

Trotz der Herausforderungen bin ich stolz darauf, ein „Kind“ der Bereitschaftspolizei zu sein. Die guten und weniger guten Seiten dieses Berufs machen ihn einzigartig, und ich weiß, dass es ähnliche Berufe mit vergleichbaren Belastungen gibt. Dennoch bleibt die Bereitschaftspolizei ein Beruf, den man wirklich wollen muss. ■



DP-Autor Mike Pfützner.



Fanbegleitung.

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE EINSATZEINHEIT – UNITÉ OPÉRATIONELLE FRANCO-ALLEMANDE „DANIEL NIVEL“

Grenzen verschwinden

Betritt man die Liegenschaft der Bundesbereitschaftspolizei in Bad Bergzabern, begegnen einem junge Männer und Frauen in vertrauten blauen Einsatzanzügen. Aber dann sind Unterhaltungen in Französisch zu hören und beim näheren Hinsehen auf den Ärmelabzeichen sowohl der deutsche Bundesadler als auch die französische Trikolore zu erkennen. Es handelt sich um die Angehörigen der im Jahr 2019 gegründeten Deutsch-Französischen Einsatzinheit (DFEE).

Achim Raupach und Gerd Thielmann

Die Einheit wurde nach dem französischen Gendarmen Daniel Nivel benannt, der während der Fußballweltmeisterschaft 1998 durch deutsche Gewalttäter aufs Schwerste verletzt wurde und seitdem Invalide ist.

Die DFEE wird in Deutschland oder Frankreich eingesetzt, wenn zu einem Anlass relevante Teilnehmerzahlen aus dem jeweils anderen Land zu erwarten sind. Beispiele dafür sind das Oktoberfest in München mit vielen französischen Touristen oder Sportveranstaltungen in Frankreich mit deutschen Fans.

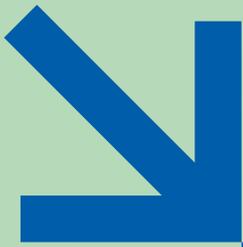
Die Gründung der DFEE basiert auf mehreren Rechtsgrundlagen. Das Mondorfer Abkommen (1997) regelt die Anwendung von Zwang, das Tragen der Uniform und das Mitführen von Führungs- und Einsatzmitteln zwischen Frankreich und Deutschland. Der Vertrag von Prüm (2005), den Belgien, Frankreich, die Niederlande, Luxemburg, Österreich, Spanien und Deutschland unterzeichneten, erweiterte die Regelungen neben dem Austausch von Daten auch um das Tragen und den Einsatz von Dienstwaffen im jeweiligen Einsatzland. Die Verwal-

tungsvereinbarung von Aachen (2019) sah schließlich die Einrichtung dieser gemeinsamen deutsch-französischen Polizeieinsatzinheit vor. Die daraufhin eingerichtete DFEE besteht aus Beamtinnen und Beamten der „Gendarmerie nationale“ und der Bundesbereitschaftspolizei – die bisher nicht genutzte Teilnahme von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundesländer wäre übrigens möglich.

Zentrale Aufgaben der Einheit sind:

1. die gegenseitige Beratung in Einsätzen,
2. der Einsatz von Einsatzeinheiten bei Großveranstaltungen,
3. Einsätze in internationalen Polizeimissionen.

Im Jahr 2025 besteht die Einheit aus 30 Beamten der Gendarmerie und 40 der Bundesbereitschaftspolizei. Für eine Verwendung in der DFEE sind französische Sprachkenntnisse für die Deutschen und deutsche Sprachkenntnisse für die Franzosen Voraussetzung. Für alle gleich ist die Anforderung, dass internationale Aufgeschlossenheit und Teamfähigkeit zu den Persönlichkeitsmerkmalen gehören. Die gemeinsame Fortbildung umfasst zehn Wochen und findet sowohl in Frankreich als auch in Deutschland statt. Auf dem Programm: die Steigerung der jeweiligen Fremdsprachenkenntnisse, gemeinsame Teamtrainings und das Üben des taktischen Zusammenwirkens. Das Basistraining für den Einsatz in internationalen Polizeimissionen wird bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen beim Dezernat Auslandsverwendungen absolviert.



Gewerkschaft
der Polizei

BB
Bank
Better Banking

Konto

kostenlos¹ & easy

- + bis zu 150 € Startprämie²
- + **On Top:** 50 € für GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen
- + kostenlose Visa DirectCard³ (Ausgabe einer Debitkarte)
- + weltweit gebührenfrei Geld abheben³
- + persönlich und digital



Jetzt informieren

in deiner Filiale vor Ort, per
Telefon unter 0721 141-0 oder auf
www.bbbank.de/gdp

¹ Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. ² Voraussetzungen Startprämie: 50,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,- Euro Startprämie bei Nutzung des Finanzkontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbei gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,- Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,- Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden. Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen. ³ Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren möglich; bonitätsabhängig. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres 0,- Euro p. a., danach 18,- Euro p. a. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Gegebenenfalls wird durch den Geldautomatenbetreiber ein (zusätzliches) Entgelt erhoben.



Besprechung am Rand der Euro 24.

Für absehbare Einsätze (Zeitlagen) erfolgen jeweils intensive Vorbereitungen, wie etwa für die Fußball-Europameisterschaft in Deutschland oder die Olympischen Spiele in Frankreich.

Binom

Der Einsatzraum der DFEE sind die Staatsgebiete von Frankreich und Deutschland. Dabei gilt das jeweilige nationale Recht, und im Einsatz wird die Sprache des Einsatzlandes gesprochen. Die Beamtinnen und Beamten tragen ihre nationalen Uniformen und verwenden auch die eigenen Führungs- und Einsatzmittel (FEM). Einsätze erfolgen sowohl als Einsatzeinheit als auch im Einzeldienst. Bei letzterem wird immer mindestens ein Binom (lat. Summe aus zwei Gliedern) eingesetzt, bestehend aus je einem Beamten der Gendarmerie und der Bundespolizei.

In den Jahren von 2022 bis 2024 absolvierte die DFEE 275 Einsätze, darunter einige mehrwöchige. Beispiele sind unter anderem Einsätze bei der Tour de France, dem Oktoberfest in München, dem Cannstatter Wasen, dem G7-Gipfel in Biarritz und der EURO 24 in Deutschland.

Als ein Highlight gelten die olympischen und paralympischen Sommerspiele 2024 in Paris. Die Kräfte waren insgesamt acht Wochen in der Vorphase, während der Spiele und danach zur Unterstützung der Pariser Polizei (Préfecture de Police Paris) eingesetzt. Übernommen wurden Schutz- und Überwachungsaufträge an den örtlichen Schwerpunkten Arc de Triomphe, Place de la Concorde, Eiffelturm und Montmartre. Ein Binom wurde auch im „Deutschen Haus“ (Treffpunkt für Sportler, Journalisten, Politiker, Funktionäre) eingesetzt. Insbesondere wurde die Einheit an den Sportorten eingesetzt, wo ein erhöhtes Interesse deutscher Fans zu erwarten war.

Ebenfalls bemerkenswerte Einsätze waren die während der UEFA EURO 2024 bei den drei Vorrundenspielen der französischen Mannschaft in Düsseldorf, Leipzig und Dortmund. Der Auftrag bestand in der Unterstützung der Kräfte vor Ort bei der An- und Abreise der französischen Fans. In dieser Zeit fanden auch Grenzkontrollen an der deutsch-französischen Grenze statt, bei denen die DFEE ebenfalls unter die Arme griff. Die Einsätze verliefen ruhig, vornehmlich wirkten die sprachlichen Kompetenzen der Beamten deeskalierend.

Die DFEE hat sich somit als grenzüberschreitend einsetzbare Einheit etabliert und wird regelmäßig in beiden Ländern angefordert.

Vorbildfunktion

Generell ist zur Intensivierung von internationalen polizeilichen Kooperationen die Gründung vergleichbarer Einheiten zum Beispiel aus dem Kreis der Mitgliedsstaaten des Prümer Vertrages überlegenswert. Die DFEE könnte ein Modell für andere binationale oder sogar multinationale Einsatzeinheiten sein. Eine Option wäre etwa eine Deutsch-Niederländische Einsatzeinheit. Hier gibt es zwar schon grenzüberschreitende Polizeiteams, die die Integrationstiefe und Einsatzmöglichkeiten einer gemeinsamen Einsatzeinheit jedoch nicht abbilden, aber vielleicht in diese Richtung weiterentwickelt werden könnten. Rechtlich steht der Idee einer Ausweitung von grenzüberschreitend einsetzbaren internationalen Einsatzeinheiten nichts entgegen. ■



Gemeinsames Taktiktraining.



privat

DP-Autor Achim Raupach

ist Polizeidirektor a. D. der Polizei Nordrhein-Westfalen (NRW). Seit 1995 beschäftigt er sich mit internationalen Polizeimissionen. Nach der Teilnahme an zwei Missionen in Mostar (WEU) und im Kosovo (UN) leitete er die Missionsbetreuung der AG IPM im Bundesinnenministerium und im Bundespolizeipräsidium. Für zwölf Jahre führte er das Dezernat Auslandsverwendungen in NRW. Im Nebenamt lehrt er die Fächer Ethik und Führungslehre an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



privat

DP-Autor Gerd Thielmann

ist Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) a. D. In der Polizei Hessen war er einige Jahre für die Auswahl und Vorbereitung von Missionsteilnehmern verantwortlich sowie Mitglied der AG Internationale Polizeimissionen (AG IPM). Zudem fungierte Thielmann als Deputy Head of Mission in EUPM Bosnia-Herzegovina. Seit über acht Jahren ist er als internationaler Experte für CEPOL, FRONTEX, OSCE und GIZ im Nahen Osten, Nordafrika und Ost-Europa tätig und Berater der Naif Arab University for Security Sciences in Riad.

UNSER RABATT-ANGEBOT EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER DER GDP



AUTOTEWES

MAZDA CX-30

Nachlass Barkauf: 25%¹
Nachlass Leasing: 30%²

AUTOTEWES

MAZDA CX-60 PHEV

Nachlass Barkauf: 27%¹
Nachlass Leasing: 32%²

AUTOTEWES

MAZDA CX-60 DIESEL

Nachlass Barkauf: 24%¹
Nachlass Leasing: 30%²

AUTOTEWES

MAZDA CX-80 PHEV

Nachlass Barkauf: 25%¹
Nachlass Leasing: 30%²

AUTOTEWES

MAZDA CX-80 DIESEL

Nachlass Barkauf: 22%¹
Nachlass Leasing: 28%²

AUTOTEWES

MAZDA2 HYBRID

Nachlass Barkauf: 22%¹
Nachlass Leasing: 25%²

AUTOTEWES

MAZDA 3

Nachlass Barkauf: 23%¹
Nachlass Leasing: 25%²

6
JAHRE
**MAZDA
GARANTIE**

Energieverbrauch gewichtet kombiniert für den Mazda CX-60 Plug-in Hybrid: 1,4 l/100 km und 22,7 - 23,1 kWh Strom/100 km. CO₂-Emissionen gewichtet kombiniert: 31 - 33 g/km. CO₂-Klasse: B. Kraftstoffverbrauch kombiniert und CO₂-Klasse bei entladener Batterie: 7,7 - 7,8 l/100 km. CO₂-Klasse: F - G **Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-60 e-Skyactiv D 200:** 5,0 - 5,1 l/100 km. CO₂-Emission kombiniert: 129 - 133 g/km. CO₂-Klasse: D. **Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-60 e-Skyactiv D 254:** 5,3 - 5,5 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 138 - 142 g/km. CO₂-Klasse: E. **Energieverbrauch gewichtet kombiniert für den Mazda CX-80 Plug-in Hybrid:** 1,6 l/100 km und 23,8 - 23,9 kWh Strom/100 km. CO₂-Emissionen gewichtet kombiniert: 35 - 36 g/km. CO₂-Klasse: B. Kraftstoffverbrauch kombiniert und CO₂-Klasse bei entladener Batterie: 8,1 l/100 km. CO₂-Klasse: G. **Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-80 e-Skyactiv D 254:** 5,7 - 5,8 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 148 - 151 g/km. CO₂-Klasse: E. **Energieverbrauch kombiniert für den Mazda2 Hybrid:** 3,8 - 4,2 l/100km. CO₂-Emissionen kombiniert: 87 - 97 g/km. CO₂-Klasse: B - C. Weitere Informationen zur elektrischen Reichweite, Energiekosten, KFZ-Steuer und CO₂-Kosten finden Sie unter www.mazda.de/Energieverbrauch.

¹Ersparnis gegenüber der UVP der Mazda Motors Deutschland GmbH bei Barkauf für Mitglieder der GdP.

²Beim Leasing über die Mazda Finance erhalten Mitglieder der GdP auf den Anschaffungspreis des Fahrzeugs einen Nachlass i.H. des genannten %-Wertes auf die UVP der Mazda Motors Deutschland GmbH.

6 Jahre Garantie gemäß den Mazda Garantiebedingungen. Mehr Informationen finden Sie unter www.mazda.de/garantie.

Angebote gültig bis zum 30.06.2025 für Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei inkl. MwSt., zzgl. 1290€ Überführungskosten, die von uns als Händler abgerechnet werden, und zzgl. Zulassungskosten.

Nicht mit anderen Nachlässen/Aktionen kombinierbar.

Beispielfotos von Fahrzeugen der jeweiligen Baureihe, die Ausstattungsmerkmale der abgebildeten Fahrzeuge sind nicht Bestandteil des Angebotes.

Stand: 01.04.2025

BERLIN + BRANDENBURG

AUTO MEKLENBORG
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

Autohaus Meklenborg Vertriebs GmbH

Malteserstr. 10-18
12247 Berlin-Steglitz

Tel.: 030 766 81-0

sonderkondition@meklenborg.de

AUTO MEKLENBORG
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

Autohaus Meklenborg Vertriebs GmbH

Nonnendammallee 10
13599 Berlin-Spandau

Tel.: 030 766 81-0

sonderkondition@meklenborg.de

HAMBURG UND DER NORDEN

AUTO POHL
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

Franz Pohl GmbH

Ziethenstrasse 16 + 16a
22041 Hamburg

Tel.: 040 656905-0

info@autohaus-pohl.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

AUTO-PARK RATH
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH

Oberhausener Str. 2
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 96 50 50

apr_vertrieb@autopark-rath.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

AUTO-PARK RATH
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH

Untergath 175
47805 Krefeld

Tel.: 02151 371 5 0

apr_vertrieb@autopark-rath.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

AUTO KIERDORF
by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH

Oskar-Jäger-Str. 166-168
50825 Köln

Tel.: 0221 400850

verkauf@autohaus-kierdorf.de

Innenleben



Die Pressekonferenz der Tarifparteien mit GdP-Bundesvize Christian Ehringfeld (l.)

EINIGUNG IM TVÖD – GROSSES DANKE AN EUCH!

Vertretbarer Kompromiss

Nach vier, teils zähen Verhandlungsrunden haben sich die Tarifparteien Bund, Kommunen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am ersten Aprilwochenende auf ein Ergebnis geeinigt. Diese Tarifverhandlungen werden in Erinnerung bleiben. Nicht nur wegen des äußerst mühsamen Einigungsweges, sondern vornehmlich aufgrund des feigen Anschlags auf eine ver.di-Demonstration Mitte Februar in München und der bemerkenswerten Kraft der Beschäftigten in Warnstreiks und auf Kundgebungen.

Redaktion

Christian Ehringfeld, stellvertretender Bundesvorsitzender, der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und verantwortlich für die Tarifpolitik, war nur eine verhaltende Freude über das Tarifergebnis anzumerken: „Zu Jubel gibt es zwar keinen Grund, dennoch erkennt die Einigung die harte und belastende Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen an“, sagte er in der Pressekonferenz am Potsdamer Verhandlungsort. Auch ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke sprach im Anschluss von einem „schwierigen Ergebnis in schwierigen Zeiten“. Zuvor hatte die GdP-Bundesstrafkommission nach gründlicher Prüfung dem Verhandlungsergebnis zugestimmt.

Hier sind die zentralen Punkte der Tarifeinigung für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen:

Es erfolgt zunächst ab dem 1. April 2025 eine monatliche Tabellenentgelterhöhung in Höhe von 3,0 Prozent, mindestens 110 Euro und ab dem 1. Mai 2026 um weitere 2,8 Prozent.

Ab dem 1. April 2025 steigen die Entgelte für Auszubildende, Praktikantinnen, Praktikanten und dual Studierende um 75 Euro und am 1. Mai 2026 um weitere 75 Euro. Zudem wird eine verbesserte Regelung zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden und Studierenden eingeführt.

Die Wechselschichtzulage wird von 105 Euro auf 200 Euro erhöht werden. Die Erhöhung der Schichtzulage erfolgt von 40 auf 100 Euro.

Es sind Regelungen zur flexibleren Arbeit eingeführt worden, zum Beispiel wird ab 2026 die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitszeit beiderseits freiwillig auf 42 Stunden zu erhöhen sowie verbesserte Regelungen zur Gleitzeit und den Langzeitkonten.

Hinsichtlich der Arbeitszeit wird es künftig eine Wahlmöglichkeit geben.

Die Jahressonderzahlung wird ab dem Jahr 2026 bei der VKA (Vereinigung

der kommunalen Arbeitgeberverbände) einheitlich auf 85 Prozent und beim Bund gestaffelt nach Entgeltgruppen erhöht. Es besteht dann die Wahlmöglichkeit, bis zu drei Tage in freie Zeit umzuwandeln. Dies wird dann mit der Jahressonderzahlung verrechnet.

Für die Beschäftigten des Bundes werden die bisher unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der Tarifgebiete Ost und West angeglichen.

Zudem wird ab 2027 ein weiterer freier Tag als Urlaubstag eingeführt, auch für die Auszubildenden, Praktikantinnen, Praktikanten und dual Studierenden.

„Wir haben den Arbeitgebern in sehr zähen und harten Verhandlungen einen vertretbaren Kompromiss abgerungen“, betonte Ehringfeld. Neben vier intensiven Verhandlungsrunden war ein Schlichtungsverfahren notwendig gewesen, um entscheidend voranzukommen.

Der GdP-Vize würdigte unterdessen das großartige Engagement der Beschäftigten: „Über 150.000 von Euch haben für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Wochen an Warnstreiks teilgenommen. Ihr habt erst dieses Ergebnis möglich gemacht.“

Die GdP erwartet nun, dass das Ergebnis sofort zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Die Tarifeinigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs innerhalb der Erklärungsfrist, die mit Ablauf des 14. Mai 2025 endet.

In der Juniausgabe Eurer „DP DEUTSCHE POLIZEI“ setzen wir die Berichterstattung fort.



**Mehr zum Thema
Tarif.**

Innenleben



Hinweis der Redaktion: In der Juniausgabe Eurer DP berichten wir ausführlich über den 2. Mitbestimmungsgipfel der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Anfang April in Stuttgart.

SOLIDARITÄT MIT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI THÜRINGEN

Wir stehen an Eurer Seite

Anfang April: Die Teilnehmenden des 2. Mitbestimmungsgipfel der Gewerkschaft der Polizei aus allen Landesbezirken und Bezirken und dem Bund unterstützen den Protest und die Gegenwehr der GdP Thüringen gegen fragwürdige Methoden der Thüringer Ermittlungsbehörden. Diese versuchten, „ganz gezielt Gewerkschafter:innen und Personalräte, die ihrer Pflicht zur Betreuung der Mitglieder und Beschäftigten nachkommen, einzuschüchtern“. Diese gelte zudem für den Versuch, „sich ohne Not eklatant rechtswidrig vertraulicher und sehr sensibler Mitgliederdaten zu bemächtigen und die Gewerkschaftsarbeit in der Thüringer Polizei lahmzulegen“.

Die GdP schützt ihre Mitglieder und die aus ihren Reihen kommenden Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertreter:innen und Jugendvertreter:innen in ihrem beruflichen Alltag und in ihren innerdienstlichen Ehrenämtern.

„Wir stehen auch an der Seite, wenn Vorwürfe und Anschuldigungen erhoben werden, und warten mit Bewertungen bis zum Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren. Wir wissen aus unserer Arbeit und den Disziplinarstatistiken, dass die meisten gegen Polizeibeschäftigte erhobenen Vorwürfe zu Unrecht erhoben, aber die Betroffenen über Jahre ausgegrenzt werden. **Wir fordern die Thüringer Ermittlungsbehörden auf, ihre**

Einschüchterungsabsichten fallen zu lassen und die ungeheuerliche Behinderung der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sofort einzustellen.

Wir erwarten, dass die Thüringer Polizeiführung ihrer Fürsorgepflicht zur psychosozialen Betreuung der Betroffenen von falschen Vorwürfen und der Pflicht zur Rehabilitation nachkommt und die entsprechende Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat abschließt.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP)



GdP Thüringen:
Worum es geht...

ANZEIGE

.INNO
NOW YOU KNOW

INNOSYSTE.C.DE

REVOLUTION AUTOMATION.

Performante All-Source Massendatenanalyse für die Polizei.

Automatisierte Prozesse in SCOPE steigern Ihre Effizienz erheblich.

Ob Anomalieerkennung, Audiotranskription oder Kennzeichenerkennung: Mit dem All-Source Massendatenanalyse-Tool SCOPE wandeln Sie Ihre Daten und Informationen in entscheidungsrelevante Erkenntnisse in Echtzeit. Schnell, einfach und ressourcenschonend.

EFFIZIENT.

RESSOURCENSCHONEND.

INNOVATIV.

EPK | 20.-21.05. | Stand 144

Innenleben



Jan Pfeil

KÜNFTIGE FUNKSTREIFENWAGEN IM BLICK

Energiekonzept und Ladeinfrastruktur

In einer Serie von fünf DP-Beiträgen beleuchtet eine AG des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo) das Thema „Funkstreifenwagen“. Mit dem Beitrag „Energiekonzept und Ladeinfrastruktur“ setzen wir mit der zweiten Folge in der vorliegenden Ausgabe die Reihe, berichtet BFA-Mitglied Etienne Frankenfeld.

Etienne Frankenfeld

Wie schaffen wir es mit moderner Technik, dass die Polizei auch in der Zukunft rechtzeitig vor Ort ist? Durch Schaffung einer Energie-Infrastruktur für die Streifenfahrzeuge der Zukunft!

Die (schnelle) Energiezufuhr ist eine weitere Säule in den Überlegungen zur Ausgestaltung der künftigen Mobilität von Einsatzkräften.

Aufgrund der Beteiligung vieler Instanzen und Wirtschaftsunternehmen, ist hier die höchste Vorlaufzeit einzuplanen. Die aktuelle Entwicklung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur (LIS) ist in allen Bundesländern auch wegen der bereitzustellenden Haushaltsmittel eine der größten Herausforderungen. Es müssen Ladeeinrichtungen für Kräfte von BOS-Einheiten geschaffen werden – hierzu sind öffentliche Liegenschaften an taktisch neuralgischen Punkten mit LIS-Technik auszustatten (vgl. Autobahn AG, Straßenmeisterei, et cetera).



Jan Pfeil

Länder und Kommunen haben beim Ausbau der Ladeinfrastruktur eine tragende Rolle, da sie über weite Teile des öffentlichen Straßenraums verfügen. Mit dem „Master-

plan Ladeinfrastruktur II“ hat der Bund deshalb gemeinsam mit Ländern und Kommunen sowie der Industrie Handlungsfelder identifiziert und eine Gesamtstrategie entwickelt, um den Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter zu beschleunigen. Hier muss aus unserer Sicht mehr Tempo erfolgen!

Die priorisierte Nutzung von Ladeeinrichtungen für Einsatzkräfte muss gesetzlich gewährleistet und immer technisch möglich sein. Dabei sollten die Verträge so abgeschlossen werden, dass immer ein günstiger Strom, gemäß der sparsamen Haushaltsführung, zur Verfügung steht. Es muss sicher sein, dass im Fall einer Insolvenz einzelner Betreiber trotzdem „Strom fließt“! Das ist nur zu gewährleisten, wenn ein Verbund von Versorgern die Gewährleistung sicherstellt.

Das alles hat unter dem Aspekt von KRITIS zu erfolgen. Der hohe Energiebedarf mitgeführter IT-Geräte muss jederzeit sichergestellt werden.

Die fortlaufende schnelle Entwicklung von Batterien, mit schnellerer Ladetechnik und höherer Effizienz / Reichweite, wird möglicherweise die ein oder andere Überlegung überholen.

Fortsetzung folgt – in der nächsten DP gehen wir auf das Thema „Fuhrparkmanagement“ ein...

Solltet Ihr Anregungen für uns haben, dürft Ihr uns gerne Eure Gedanken mitteilen. Bitte nutzt dazu die E-Mail-Adresse: **gdp-bund@gdp.de** und das Stichwort „Funkstreifenwagen“. ■



GdP-Bundespolizei

DP-Autor
Etienne Frankenfeld

ist seit 1991 bei der Bundespolizei. Der 56-jährige Streifenbeamte wirkt in der GdP und als Personalrat. Frankenfeld ist Mitglied des Bundesfachausschuss Schutzpolizei.



GdP-Plus
Partner

Gewinnspiel 2025

mit unserem Partner



B.O.C.

Lust zu gewinnen?

Vier Antworten und Du bist mit in der Auslosung.

Leg los auf www.gdp-plus.de.



Das COMPEL HTE 570 EQ WAVE E-Trekkingbike mit Federgabel vereint starke Leistung und komfortables Design – ideal für alltägliche Fahrten und längere Touren.

Lass dir diese Chance nicht entgehen!

Teilnahmeschluss 30.06.2025



Innenleben



Pomezi/Stock.adobe.com | Vectormint/istock.com

NICHT-RAUCHEN-AKTION IM MAI

Die eigene Gesundheit wertschätzen

„Hoch die Hände – Kippenende“, so die Rauchfrei-im-Mai-Botschaft einer Aktion des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit und der Deutschen Krebshilfe. Womöglich taugt der Frühling ja für eine grundlegende Änderung unserer Angewohnheiten. Natürlich vorausgesetzt, wir machen aktiv mit – noch besser: Wir bleiben ab jetzt dabei und knicken die Fluppe! Der GdP-Bundesfachausschuss Arbeits- und Gesundheitsschutz macht mit und freut sich für Euch über jeden tiefen Zug frische Luft.

Redaktion

Dirk Tschöke, Vorsitzender des BFA Arbeits- und Gesundheitsschutz, unterstützt die Aktion aus voller Lunge. „Das ist eine ausgezeichnete Idee. Ich selbst war starker Raucher und habe nur mit der Unterstützung meines Arbeitgebers, also des Dienstherrn, in Verbindung mit einer professionellen Rauchentwöhnung aufhören können. Aufgrund dieser breiten wie kompetenten Unterstützung bin ich übrigens nicht zu einem militanten Nichtraucher geworden. Ich begegne meinen rauchenden Kolleginnen und Kollegen heute mit Verständnis, jedoch nicht mit Stigmatisierung. Diese Aktion hilft weiter“, betont er und

erntet Zustimmung. Hagen Husgen, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) für den BFA zuständiges Mitglied, liegt deckungsgleich auf Tschökes Linie: „Alles neu macht der Mai, sagt der Volksmund. Warum soll dieser schöne Monat nicht auch ein paar neue Impulse für die Gesundheit einschließen?“ Als bekennender Nichtraucher sei dies allerdings leicht zu sagen, schränkt Husgen ein: „Doch ich bin davon überzeugt, dass viele Raucherinnen und Raucher ihr Laster gern loswerden würden. Unumstritten ist ein rauchfreies Leben doch viel gesünder. Testet es doch einfach einmal aus, nutzt den Mai und probiert frische Luft.“ Husgen regt an, das Rauchfrei in der Gemeinschaft

anzugehen. „Da geht vieles besser. Für die Familie, die Mitmenschen und vor allem für sich selbst. Manchmal bedarf es nur des richtigen Anstoßes.“

Zum Thema hat sich der BFA-Chef umgehört und eine bundesweite Sachstandabfrage innerhalb des Ausschusses gestartet. In Bayern fehlen dienstliche Angebote seitens der Dienstleitung. Brandenburg macht Angebote über den Psychosozialen Dienst auf Antrag. Das Bundeskriminalamt (BKA) bietet den Einstieg über die „Sucht- und Schuldenberatung“ und verweist auf die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Nach der Umorganisation hält Hamburg keine Angebote vor. Fehlanzeige ist auch der Stand in Hessen, spürbar ist jedoch die Nachfrage der Mitarbeitenden. Keine dienstlichen Angebote meldet Nordrhein-Westfalen. In Sachsen scheitert es an fehlenden Haushaltsmitteln, und Schleswig-Holstein berichtet: keine Nachfrage, sonst Kurse über Drittanbieter.

Tschöke: „Die Nachfragen sind offenbar verhalten. Daher wird der Bedarf nicht gesehen, oder der Haushalt gibt entsprechende Angebote nicht her. Bis auf das BKA scheint es in den Polizeien zudem keine Hinweise auf das Programm ‚Rauchfrei im Mai‘ zu geben.“ Dem BFA-Experten mangelt es dennoch am Engagement der Polizeileitungen. Es könne nicht verkehrt sein, das Thema Sucht in all seinen Facetten mal wieder nach vorn zu holen.

Laut dem Bundesministerium für Gesundheit ist Rauchen das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko hierzulande. Jährlich sterben in Deutschland über 127.000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums.

2007 wurde das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Kraft gesetzt. Im März 2024 kam dann auch endlich das Rauchverbot von Cannabisprodukten, einschließlich der Benutzung von elektronischen Zigaretten und erhitzten Tabakerzeugnissen sowie von Geräten zur Verdampfung von Tabak und Cannabisprodukten, hinzu. ■



Hier geht es zur
Aktion Rauchfrei
im Mai.

Innenleben



(v. l.) BFA-Vorsitzender Dragan Maric, der hessische Verfassungsschutzpräsident, Bernd Neumann, Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, und Hessens GdP-Chef Jens Mohrherr.

AUSTAUSCH IM LFV HESSEN

Verfassungsschutzbehörden zukunftssicher aufstellen

Die im Jahr 2024 in Hamburg, Brandenburg und im Bundesamt gestartete Gesprächstournee des GdP-Bundesfachausschusses (BFA) zu den Verfassungsschutzbehörden führten Katrin Kuhl, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, den BFA-Vorsitzenden Dragan Maric und Hessens GdP-Chef Jens Mohrherr Anfang März nach Wiesbaden. Zu einem vertrauensvollen Meinungsaustausch empfing der hessische Verfassungsschutzpräsident, Bernd Neumann, dort die GdP-Delegation.

Dragan Maric und Katrin Kuhl

Die derzeitige Sicherheitslage sowie aktuelle Herausforderungen bildeten den

thematischen Rahmen des Gesprächs. Erörtert wurden wesentliche Grundlagen, um die Handlungsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden zu stärken, das Arbeitsumfeld

attraktiv zu gestalten und die vorhandenen Strukturen zukunftssicher aufzustellen.

„Die Verfassungsschutzbehörden sind elementarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Insbesondere die außenpolitischen Entwicklungen erfordern ein klares Bekenntnis seitens der Politik. Die Haushaltsgesetzgeber im Bund und in den Ländern müssen kontinuierlich die Bedeutung der Verfassungsschutzbehörden für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte durch umfassende Investitionen herausstellen. Neben dem Bereitstellen finanzieller Mittel sind rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich, die die Verfassungsschutzbehörden in die Lage versetzen, weiterhin handlungsstark und effizient aufgestellt zu sein“, verdeutlichte Maric.

Zudem erfordere die Sicherheitslage eine verstärkte Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden im Rahmen der rechtlichen Rahmenbedingungen, ergänzte Kuhl. Auch sei die vernetzte Zusammenarbeit innerhalb des Verfassungsschutzverbundes wichtiger denn je.

Mohrherr und Präsident Neumann plädierten dafür, Sicherheit neu zu denken.

Der GdP-BFA Verfassungsschutz sieht sich als Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Verfassungsschutzbehörden. Unser Ziel: der engagierte Einsatz für eine Rund-um-Stärkung des Verfassungsschutzes. Im laufenden Jahr stehen weitere Termine mit Behördenleitungen an. ■

ANZEIGE

Die Nr. 1 für Qualitätstresore Ihre Waffen und Werte in sicheren Händen

- > zertifizierte Einbruchsicherheit nach EN 1143-1
- > individuelle Fachberatung
- > umfassender Service
- > umfassendes Produktsortiment
- > 150 Jahre deutsche Handwerkstradition



*gilt nur für nicht reduzierte Tresore.

Jetzt 10 % Rabatt*
sichern: GdP-HT-10

Hier scannen:
<https://bit.ly/3XYJtQD>



HARTMANN-TRESORE.DE

Innenleben



Ahoi, ein DJ und seine Musical Box... Henning Schmidt.



Treffsichere Wahl: Lisa Clemens.

PERSONALRATSWAHLEN IM SAARLAND

Hervorragende Netzwerke, Spitzenlandesverband, kompetente Fachausschüsse und super Rechtsschutz

„Hallo Lisa, hallo, Henning“. Bild und Ton stehen, unser DP-Interview-Link hat den Südwesten der Republik, um genau zu sein, das Saarland, erreicht. Dort stehen Mitte Mai Personalratswahlen an. Unsere beiden Gesprächspartner sind Feuer und Flamme für die Personalratsarbeit. Und natürlich für die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Ein Gespräch über Trittbrettfahrer, frischen Wind und warum die Welt manchmal doch eine Scheibe ist.

Michael Zielasko

Lisa Clemens und Henning Schmidt sind unverkennbar im Wahlkampfmodus. „Weißt Du“, sagt Henning, „bei uns im Saarland gab es mit dem Regierungswechsel vor drei Jahren eine sogenannte Bedarfs- oder Potenzialanalyse der saarländischen Polizei. Es wurde das Ziel ausgegeben, Verwaltungsstrukturen zu verschlanken und mehr

Polizei auf die Straße zu bringen. Alles für das Gefühl erhöhter Sicherheit.“ Wie das mit solchen Reformen dürften viele Leserinnen und Leser der DP schon am eigenen Leib zu spüren bekommen haben, oder? „Wenn aber Veränderungen wie andere Aufgabenfelder oder örtliche Verwendung durchgezogen werden, ohne die Kolleginnen und Kollegen ausreichend mitzunehmen, also ohne deren Einverständnis, ist natürlich die Un-

zufriedenheit groß.“ Der 40-Jährige schnauft durch. Vieles sei trotz vielfältiger Planungen und trotz mancher Einflussmöglichkeiten überstürzt umgesetzt worden und nicht wenige Kolleginnen und Kollegen enttäuscht zurückgeblieben. „Da müssen wir als GdP im Bereich der Inspektionen angreifen“, sagt Henning, der für die Beamten im Örtlichen Personalrat antritt. Seit 2017 ist er Teil dieses Gremiums, zunächst als Ersatzmitglied, später ab 2021 als ständiges Mitglied.

Lisa wirft ihren Hut dagegen zum ersten Mal in den Ring – zumindest in der Polizei. „Damals während meiner kaufmännischen Ausbildung war ich in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Fast schon eine Betriebsratsstätigkeit“, erzählt sie. „Dort habe ich gelernt, in der Minderheit zu sein und trotzdem die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen so gut wie möglich zu vertreten. Meine Stimme stand gegen fünf.“ Somit liege ihr der Tarifbereich wohl ziemlich gut, lacht sie, weiß jedoch Henning und weitere Kolleginnen und Kollegen an ihrer Seite zu schätzen. Und die 36-Jährige freut sich auf die künftigen Herausforderungen. Ihr Trainingslager begann im vergangenen Jahr mit einem GdP-Aufbau-Seminar in Berlin, der zweite Teil folgt: „Viel Input, viel Lernen, das macht mir Spaß.“



Lisas Weg zur Polizei begann mit der Bewerbungsempfehlung eines Freundes. Der hatte im Internet eine Stellenausschreibung bemerkt. „Alles hat gepasst, ich fand’s interessant und schlechte Erfahrungen mit einer Betrugsgeschichte haben mir dann noch den letzten Motivationsschub gegeben.“ Für die Polizei passte es auch. Die Konsequenz: Seit 2020 arbeitet die gebürtige Karlsruherin als Ermittlungsassistentin. „Im vergangenen Jahr bin ich auf eine neue Dienststelle mit den Schwerpunkten Cybercrime und Betrugsriminalität gewechselt.“

Viel klassischer ging es bei Henning zu: „Das mit der Polizei zeichnete sich schon in meiner Jugend ab.“ Der Saarländer hat sich einen seiner Kindheitsträume erfüllt. Vermutlich hat die familiäre Vorbelastung über den beim Zoll beschäftigten Vater ihn bei der Entscheidung ein wenig gelenkt. So jedenfalls musste die Feuerwehr auf ihn verzichten. „Gerechtigkeit und Fairness haben in meinem Leben immer eine große Rolle gespielt“, sagt er. Spannend sei die Aufgabe allemal. Als Polizeibeamter im Wechselschichtdienst sei, insbesondere im Bereich der Inspektion, kein Tag wie der andere.

Nun ist Polizeidienst das eine, Personalratsarbeit das andere. Henning fühlt sich gut gerüstet. „Zunächst war ich Ersatz – später ständiges Mitglied im Örtlichen Personalrat. Bei mir stehen jetzt achtzehneinhalb Jahre Wach- und Streifendienst in verschiedenen Inspektionen auf dem Tacho. Da bleibt schon ein wenig was an Erfahrungen haften.“ Geärgert hat ihn vor allem, wie bei den ganzen Sparkursen mit den Kolleginnen

und Kollegen von politischer Seite oder von Entscheidungsträgern umgegangen worden sei. „In mir jedenfalls ist eine ziemliche Unzufriedenheit hochgekommen. Wir Beamten und auch die Tarifbeschäftigten sind teils unfair und nicht wertschätzend behandelt worden.“ Henning blickt etwas ernster, als er erzählt, dass dadurch der Drang immer stärker geworden war, sich als Personalrat zu engagieren.

Lisa hört sichtlich zustimmend zu. Auf den von Henning angesammelten Erfahrungsschatz kann sie zwar als, so sagt sie, „Frischling“ natürlich nicht zugreifen. Dennoch blickt sie optimistisch auf die Wahlen. „In den vergangenen Wochen hatten wir und ich thematisch viel um die Ohren. Aber ich freue mich total, dass so viel Vertrauen in mich gesteckt wird.“

Jetzt mal ans Eingemachte. Was steht denn so an im Saarland? Personalengpässe hatten wir seit meinem Eintritt in den Polizeidienst eigentlich immer, bedeutet Henning. „Im Grenzland Saarland haben wir einen sehr, sehr eng bemessenen Personalkörper. Das rührte unter anderem auch daher, dass man damals im Zuge der Schuldenbremse den Fehler gemacht hat, uns mit anderen, mitten im Land gelegenen Flächenbundesländern zu vergleichen. Wer hat denn schon auf dem Schirm, dass wir mit Luxemburg und Frankreich gleich zwei Grenzen haben, die typischerweise auch zu entsprechender Grenzriminalität führen.“ Im Zuge dessen, dass die Landesregierungen entsprechend einsparen mussten, sei zudem auch noch Personal eingespart wor-

den. Regelmäßig wurde dennoch gesagt, dass die Talsohle endlich erreicht sei. „Momentan leisten ungefähr 2.400 Polizistinnen und Polizisten hier ihren Dienst. Durch Elternzeit und längerfristige Erkrankungen sind es tatsächlich etwas zwischen 2.100 und 2.200. Nicht zuletzt durch unseren gewerkschaftlichen Druck steigen die Zahlen an. Unser Innenminister hat versprochen, bis 2032 die Anzahl der Polizeibeamten auf 2.900 zu erhöhen. Und wenn wir dann 2.750, 2.800 Polizeibeamte ständig im Dienst haben, wird es deutlich besser laufen.“

Auch im Tarifbereich würden Zeichen gesetzt, ergänzt Lisa. „Wir hatten gerade eine Tarifoffensive. In den nächsten Monaten sollen 52 neue Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Wir haben dann dem Minister auf den Zahn gefühlt und wollten wissen, ob die Mitarbeitenden wirklich als zusätzliches Personal kommen oder nur Abgänge ersetzt werden. Aber, die Kolleginnen und Kollegen kommen wirklich“, sagt sie mit entschlossener Miene. Polizeivollzugsbeamte könnten dadurch wieder in ihren eigentlichen Aufgabengebieten eingesetzt werden. Da habe die Arbeit der GdP doch Wirkung gezeigt.

Beide treibt dennoch die Sorge um, ob die saarländische Polizei im Wettkampf um qualifizierte Beschäftigte gegenüber der Wirtschaft konkurrenzfähig ist. Momentan eher nicht. Kolleginnen und Kollegen sähen teils bessere Perspektiven in anderen Polizeien, Bewerberinnen und Bewerber nicht selten in polizeifremden Berufen. „Das muss geändert werden“, unterstreichen Lisa und Henning unisono.

ANZEIGE

Tatütata!

Wenn attraktive Mobilfunk-Tarife schon ab 15 € monatlich und Smartphones zu Sonderpreisen rufen, sollten Sie zum Einsatz schreiten: In unserem Online-Shop finden Sie vieles, was Sie und Ihre Lieben begeistert.



Informieren lohnt sich

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de
E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 33 0034531
Ihre Vorteilsnummer: MA053

Direkt zum Online-Shop

DATENBONUS Treue lohnt sich!

500 MB für jedes Jahr im Mobilfunknetz der Telekom! Jetzt mit dem Smartphone mobil buchen auf pass.telekom.de

 Connecting your world.

In Kooperation mit



Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH,
Landgrabenweg 149, 53227 Bonn.



Henning Schmidt



Lisa Clemens



Apropos Sorgen: Auch Entspannen will gelernt sein. Henning schultert als Beamter im Wechseldienst und GdP-Ehrenamtler eine Doppelbelastung. Und das Zuhause will auch gepflegt sein. „Klar, das ist manchmal anstrengend. Um den Kopf frei zu kriegen, habe ich im Verein Fußball gespielt.“ Eine Verletzung bugsierte ihn dann dauerhaft auf die Zuschauerränge. „Die großen Fußballspiele lasse ich mir nicht entgehen“, und meint damit sicher auch die Spiele seines teuflischen Lieblingsteams aus der Pfalz. In seiner teils raren Freizeit half er auch als DJ Menschen auf die Sprünge, genauer gesagt auf die Tanzfläche. „Ich finde mich in vielen Musikrichtungen wieder“. Die elektronische Musik hat es ihm jedoch besonders angetan.

Lisa managt neben Beruf und Ehrenamt zudem noch das Backoffice ihres Mannes. Dessen Hauptbeschäftigung hat mit Präzision, Kopfrechnen und Wurfgeschossen zu tun. Und damit nur sein Spitzname „Gaga“ bleibt, und er es nicht wird, ist Lisa seine Begleitung an vielen Turnier-Wochen-

den im Jahr. Wenn die Pfeile nicht fliegen, sieht man die beiden auch im Stadion des 1. FC Saarbrücken. Ruhe findet Sie auch beim Streamen von Serien. „Den Dartsport finde ich mittlerweile auch richtig spannend“, ergänzt Henning, was, so sagt er, „mit dem Gaga ganz entscheidend zu tun hat“. Klären wir es auf: Die Rede ist von Profispieler Gabriel „Gaga“ Clemens, der als „German Giant“ einer wachsenden Gemeinschaft von Dartfans durch erfolgreich bestrittene Turnierauftritte, darunter in der Hochstätte des Sports, dem Londoner Alexandra Palace oder besser Ally Pally, bekannt wurde. So ist also für Lisa die Welt nicht selten eine Scheibe.

Break: Warum die GdP? „Wir sind die größte Gewerkschaft, es wird sich super viel eingesetzt“, sprudelt Lisa los. Sie schätzt die gegenseitige Unterstützung. Diese hat sie in anderen Gewerkschaften bisher nicht so intensiv erlebt. „Dieses Zusammen-erfolgreich-sein-wollen gibt mir Sicherheit und Motivation.“ Die GdP sei die stärkste Solidargemeinschaft „hier bei uns im Saarland“,

führt Henning fort. „Wir verfügen über hervorragende Netzwerke, einen Spitzenlandesverband, kompetente Fachausschüsse und einen super Rechtsschutz.“ Der sei insbesondere im Bereich der Inspektionen sehr, sehr wichtig. Für die beiden sind dies ausreichende Gründe, erstens zur Wahl zu gehen und dabei die Kreuzchen an der richtigen Stelle zu machen.

Getriggert sind die beiden jedoch von Kolleginnen und Kollegen, die großflächig Gleichgültigkeit vor sich hertragen, negative Feuer anfachen und behaupten, das bringe ja alles nichts. Gemeint sind die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit und die Personalratswahlen. Als würde alles vom Himmel fallen. „Wir müssen erreichen, dass die Leute bewusst von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen“, betont Henning. Dass auch im Saarland Palmen stehen, auf denen man sein kann, wird durch Lisas Zusatz deutlich: „Mich nerven Trittbrettfahrer. Die Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich brauche nicht bei der Gewerkschaft zu sein. Ihr rackert Euch ab und ich kriege trotzdem dieselben Vorteile.“ Henning atmet tief durch. „Genau deshalb halte ich den Vorstoß für gut, in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für Gewerkschaftsmitglieder einen exklusiven Tag mehr Urlaub zu fordern.“ Aber jemanden zu zwingen, in die Gewerkschaften einzutreten, könne er natürlich nicht. Davon überzeugen schon.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen jedoch wollten, dass sich etwas ändert, dass frischer Wind durchweht, müssten sie die GdP wählen, appelliert Henning. „Wir ziehen mit dem Motto: GdP - Gestalte Deine Perspektive“ in den Personalratswahlkampf“, redet Henning weiter und schaltet in den vierten Gang: „Drei Dinge sind mir ganz wichtig: Ich möchte die Leute aufklären: Was ist Personalratsarbeit, was macht ein Personalrat für mich und was kann er tun. Zweitens möchte ich die Kolleginnen und Kollegen dazu bewegen, zur Wahl zu gehen oder über die Briefwahl abzustimmen. Zum Dritten möchte ich nach der Wahl das Vertrauen geschenkt bekommen, mich als Personalrat einsetzen zu können.“ Lisa stimmt zu: „An uns kann man sich mit allem wenden. Wir werden jedes Thema behandeln. Niemand muss sich scheuen, zu uns zu kommen. Wir werden prüfen und sind selbstverständlich verschwiegen.“ Eine glasklare Ansage. ■

Innenleben

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Sie ist eine Erfolgsgeschichte. Daran haben Menschen mitgearbeitet, mit denen DP seit April in ihren Ausgaben sprechen wird: ihre Vorsitzenden.



Konrad Freiberg beim Strandspaziergang.

KONRAD FREIBERG IM GESPRÄCH

„Wenn Du Menschen überzeugen willst, darfst du nicht den falschen Weg einschlagen“

Er ist zwar etwas grauer geworden. Doch dass der Zahn der Zeit an ihm nagen würde, wird das DP-Interview im Rahmen des 75-jährigen Jubiläums der GdP hingegen in allen Belangen widerlegen. Konrad „Konny“ Freiberg hat stets wie zu seiner Zeit als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Lage im Blick, und dies noch immer ziemlich frühmorgens. Ein Gespräch über das Radieren, Lippenlieder und das Mitwirken an der Hoffnung.

Michael Zielasko

Als einen Neuling konnte man Konny Freiberg nun wirklich nicht bezeichnen. Als er Ende März 2000 die GdP-Spitze übernahm, hatte der damals 49-Jährige schon einiges an Gremienerfahrung auf dem Buckel. Bereits seit 1990 war er Teil des Geschäftsführenden Bundesvorstands der GdP, 1994 avancierte er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Seit 1997 führte der Kripoexperte zudem den GdP-Landesbezirk Hamburg an.

Sein Amt trat er in einem für die Polizei und die GdP dunklen Jahr an. Acht Polizeibeamte fielen brutalen Rechtsbrechern zum Opfer. „Die zunehmende Gewalt gegen Polizisten hat natürlich zu einer Verunsicherung im Kollegenkreis geführt. Ebenso zu Veränderungen, in der Ausbildung, in der Ausrüstung“, sagt der 73-Jährige. „Das sieht man auch daran, was heutzutage Polizistinnen und Polizisten alles dabei haben. Insbesondere die Angriffe durch Links- und Rechtsextremisten waren ungeheuerlich“, bekräftigt er mit ernster Miene. „Wir waren wirklich froh, wenn am nächsten Morgen alle lebendig aus den Einsätzen zurückgekommen sind“, erzählt Freiberg mit Blick auf die harten Lagen rund um den 1. Mai in Berlin und Hamburg.

Besondere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr der Hamburger durch seine massive Kritik am politischen Rotstift. „Das war eine verrückte Zeit. Viele haben ihr Heil in der Privatisierung gesucht. Nach meinem Gefühl gab es in den staatlichen Institutionen mehr Unternehmensberater als Mitarbeiter.“

ANZEIGE

10% RABATT AUF ALLES*

EXKLUSIV für GdP-Mitglieder



B.O.C.

AUCH AUF BEREITS REDUZIERTE WARE

*Infos und Konditionen auf Gdp.de/gdp-plus



„Glaubwürdigkeit ist und bleibt für eine Organisation wie unsere entscheidend.“



2009: Fußballgewalt-Gipfel im Berliner Olympiastadion: (v.l.) der damalige (wie heutige!) IMK-Vorsitzende und Bremer Innensenator Ulrich Mäurer, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, der Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fuldatal, Friedrich Eichele, und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Es moderierte Oliver Bendixen (Bayerischer Rundfunk).

Die logische Folge dessen: ein massives Rädern beim Personal. „Innerhalb von zehn Jahren hatten wir rund 10.000 Polizisten weniger. Später hat sich das gerächt. Wir hatten alle Hände voll zu tun, die Innere Sicherheit überhaupt wieder auf die politische Prioritätenliste zu heben.“

Dennoch ließ sich Kollege Konny die positive Haltung nicht vermiesen. Zumindest nach außen wirkte dies sehr überzeugend. Dienstältere Mitarbeitende der Berliner Bundesgeschäftsstelle erinnern, wie der damalige GdP-Chef regelmäßig mit dem Lied „Sag mir quando, sag mir wann“ auf den Lippen und einem entwaffnenden „Hände hoch“ die Etage betrat. „Das Lied habe ich mal aus dem Italienurlaub mitgebracht. Es ist ein fröhliches, angenehm zu hörendes Lied. Später habe ich mir das angewöhnt, lächelt er und outet sich zudem noch als Fan von Joan Baez, Van Morrison und Udo Lindenberg. „We shall overcome. Ich habe Joan Baez vor einiger Zeit in Hamburg erleben dürfen. Das ist ein ganz zentrales Lied für mich“, betont er. Es hat Hoffnung verbreitet, weltweit, in der Jugend, bei den Menschen. Und das sollte es auch heute noch, fügt er an. Dass sich der Wahlhamburger Lindenberg auf der Liste des echten Hanseaten wiederfindet, überrascht nicht. „Ich mach mein Ding“ heißt der Udo-Song, und Konny findet sich darin wieder. Aus dem Nichts macht sich ein wenig Sentimentalität breit. Vor Corona hätte dies dem wenig anheimelnden Rahmen einer Videokonferenz wohl kaum jemand zugetraut. „Ich sehe ein Manko. Das tut mir auch weh. Wir hat-

ten früher, egal, was war, mehr oder weniger immer Hoffnung. Da ist aus meiner Sicht viel verloren gegangen. Wo wollen die Menschen hin, wo will eine Gesellschaft hin? Die Konturen sind verschwommen. So gesehen bin ich dankbar für die Zeit, die ich erfahren durfte. Er wirkt in sich ruhend, dennoch immer ein wenig wie auf dem Sprung.

Die Begriffe „Fridays for Future“ und „Letzte Generation“ fallen. „Am Anfang habe ich das sehr positiv gesehen. Vor allem, dass Menschen gesagt haben, wir müssen uns über die Zukunft Gedanken machen. Das ist jetzt nicht mehr so“, sagt er und deutet unter anderem „Gretas“ Parteinarbeit für die terroristische Palästinenserorganisation Hamas an. Auch die gesetzwidrigen Aktionen der „Letzten Generation“ möchte er keinesfalls gutheißen. „Wenn Du Menschen überzeugen willst, darfst Du nicht den falschen Weg einschlagen.“

Wie vielen anderen auch ist Konrad Freiberg der 11. September 2001 fest im Gedächtnis verankert. Nicht zuletzt auch aufgrund seines damaligen Amtes. „Das war sicherlich die einschneidendste Erfahrung, die ich im Kontext von Sicherheit hatte. Ich saß im Auto und hörte, dass ein Flugzeug in einen der New Yorker Twin Towers geflogen war. Ein schreckliches Unglück, dachte ich. Dann die Meldung über das zweite Flugzeug. Das musste ein Anschlag sein. Wenig später saß ich beim Bremer Parlamentspräsidenten vor dem Fernseher“, sagt er und hält kurz inne, die Bilder sind wieder da. „Um nicht in den Flammen zu sterben, sprangen Menschen aus den brennenden Hochhäusern in den si-

cheren Tod. Schrecklich, wirklich schrecklich. Diese furchtbaren Szenen haben sich mir tief eingeprägt. Wir wussten rasch, die Welt ist ab sofort eine andere.“ Freiberg spricht über die gravierenden, einschneidenden Veränderungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Er nennt weitere Folgen, wie die Kriege im Irak und in Afghanistan. Stichwort „Otto-Katalog“. „In Sachen Innere Sicherheit war das wirklich eine Kehrtwende. Alles, was man zuvor eigentlich nicht hätte fordern dürfen, lag plötzlich auf dem Tisch: Technik, Befugnisse, Personal. Das alles war in den Schubladen verstaut und plötzlich da.“ Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily, betont er, hatte die Gelegenheit ergriffen und Dinge massiv nach vorn getrieben – in einer, so bilanziert Freiberg, aufopferungsvollen Weise. „Er war der richtige Mann zur richtigen Zeit.“ Punkt, aus.

Apropos Schily: Der sei zwar eine schwierige Persönlichkeit gewesen, dennoch habe er aus voller Überzeugung gehandelt. Dr. Wolfgang Schäuble und Dr. Thomas de Maizière, die beiden weiteren Innenminister seiner Amtszeit, sind ihm weniger nachhaltig im Gedächtnis geblieben.

Freiberg war immer ein Medienmensch. Und ein Frühaufsteher wie aus dem Buche. Meist vor den Mitarbeitenden hatte er die vierte Etage der Berliner Bundesgeschäftsstelle geentert, wenig später ein durchgearbeiteter Stapel Tageszeitungen auf dem Schreibtisch. Die aktuelle Nachrichtenlage hatte er da längst aufgesogen. „Das ist heute immer noch so“, lächelt er. „Irgendwie muss ich morgens in die Medien schauen. Ich sollte das vielleicht etwas einschränken“, schmunzelt er. Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei hielt er dieses Morgenritual jedoch für obligatorisch. „Gerade, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen an den Pranger gestellt werden, Vorwürfe laut werden, muss die GdP in die Bresche springen. Wer soll das denn sonst machen?“, sagt er glasklar. Aber es sei auch die GdP gefragt, wenn es um seriöse Aufklärung gehe und etwas eben nicht in Ordnung sei. „Glaubwürdigkeit ist und bleibt für eine Organisation wie unsere entscheidend.“ Over and out.

Gerne denkt Freiberg an das Geschehen rund um die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zurück. „Das war einmalig. Gemeinsam mit den Ländern und den Bezirken haben wir eine großartige Betreuung auf die Beine gestellt. Das Klima unter den Kollegin-

Konrad Freiberg trat 1968 in die Polizei ein. 1978 wurde er Mitglied in der GdP und war ab 1979 im Personalrat aktiv. Ab 1986 war er Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei und wurde 1990 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP. 1994 wurde Freiberg stellvertretender

Bundesvorsitzender und 1997 Landesvorsitzender in Hamburg. Im Jahr 2000 übernahm er kommissarisch den Bundesvorsitz und wurde 2002 in diesem Amt bestätigt. In seiner zehnjährigen Amtszeit stemmte er sich gegen den massiven Personalabbau und soziale

Verschlechterungen bei der Polizei und kritisierte die zunehmende Gewalt gegen Polizisten. Nachdem er 2010 nicht mehr zur Wahl zur Verfügung gestanden hatte, wurde er 2013 Bürgervorsteher seiner Heimatstadt Schwarzenbek.

nen und Kollegen war fantastisch. Die pure Freude am Fußball zu spüren, die weitgehende Gewaltfreiheit. Für die Einsatz- und Betreuungskräfte war das zwar sehr anstrengend, aber eben eine großartige Erfahrung. Der GdP-Chef a. D. verfolgt heute die Debatte, ob Beamte sich eine Deutschlandfahne anheften dürfen sollten. „Man muss aufpassen, dass die Polizei nicht zu bunt wird und jede und jeder sich alles Mögliche anklettet.“ Klar, dass Grenzen eingehalten werden müssen, macht er deutlich. Aber die Deutschlandfahne? „Wir können auf unser demokratisches Land stolz sein, und das sollten wir auch als Polizei zeigen dürfen.“

Jetzt ein Themenwechsel, so überraschend wie ein heftiger Platzregen. „Meine schlimmsten Erinnerungen hängen mit den brutalen Mordanschlägen 2007 in Heilbronn zusammen. Ich kann das nicht vergessen. Michèle Kiesewetter, gerade 22 Jahre alt, wird von der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund mit einem Kopfschuss getötet. Ihr zwei Jahre älterer Kollege wird schwerstens verletzt. Man ist in der Pause und dann...“ Freiberg stockt und erzählt vom Trauermarsch im Beisein der Eltern. Rund 2.000 Kolleginnen und Kollegen hatten dem Opfer die letzte Ehre erwiesen. „Man erkennt keinen Grund, Du siehst nur dunkle Gewalt.“ Pure Fassungslosigkeit, die durch grauenvolle Ereignisse wie in Kusel und Mannheim immer aufs Neue angefacht wird.

Der Durch-und-durch-Gewerkschafter muss sich heute bisweilen auf die Zunge beißen. „Als Bundesvorsitzender kannst Du

Dich in Ruhe darauf vorbereiten, dass es am Tag nach der Wahl deines Nachfolgers plötzlich still um dich wird“, erklärt er, eine gewaltige Veränderung gehe trotzdem damit einher. „Es piekt mich noch heute“, gibt er unumwunden zu, „meine Meinung zu sagen. Vor allem, wenn es eine andere ist.“ Das komme heutzutage nicht selten vor, sagt er und verweist auf die beunruhigende Situation weltweit. „Die Zeit der Ampelkoalition, also, da konnte man doch wirklich wütend werden. Das reizt schon.“ Er hatte dann ernsthaft überlegt, die sozialen Medien zu nutzen. Doch davon ist er wieder abgekommen. „Ich habe mir das nicht leicht gemacht. Klar, wir lehnen den vielen Müll auf den Plattformen ab, auch das, was hinter den Besitzern steckt. Dennoch benötigt man ein Medium, um sich artikulieren zu können.“ Tja, bis zu einer anderen Entscheidung teilt er seine Haltungen weiterhin mit seiner Frau, den Nachbarn und alten Freunden.

So ganz ohne politische Bühne ging es dann aber doch nicht. Auch, wenn die neue deutlich weniger gut ausgeleuchtet war als die in der deutschen Hauptstadt zuvor, und eher an die – bitte nicht böse sein, liebe Schwarzenbekerinnen und -beker – Provinz erinnert. 2013 war Freiberg nämlich zum Bürgervorsteher der beschaulichen, im schleswig-holsteinischen Kreis Herzogtum Lauenburg gelegenen Kleinstadt gewählt worden. Okay, Kommunalpolitik.

Es klingt ein wenig verräterisch, als er sagt: „Also, ich bin dankbar für die Erfahrung...“, denn das unweigerlich drohende „aber“ wird den Weg zu einer von eher

durchschnittlicher Begeisterung durchdrungenen Äußerung weisen. Richtig! „... aber, ich muss sagen, dass Kommunalpolitik zu aufwendig, zu langwierig, zu veraltungstechnisch ist. Es dauert und dauert, bis man Erfolge sieht. Muss man alles immer und immer wieder diskutieren? Geht das nicht schneller, eine Parkbank aufzustellen? So redet ein Pragmatiker. Konny ist kein Bürokrat.“

„Es muss wirklich viel an Verwaltungskram abgespeckt werden. Wir wollen doch schneller vorankommen. Die Menschen werden ungeduldig. Wenn das schon im Kleinen so ist?“, redet er sich warm. „Für Leute, die etwas vorantreiben wollen, ist das eine“, er denkt kurz nach, „ich sage es diplomatisch, schwierige Aufgabe. Da zucken viele dann zurück.“

Die Gesprächszeit neigt sich dem Ende. Ob er denn noch etwas loswerden möchte, lautet das Angebot. „Ja, die Welt benötigt ein bisschen Zuversicht. Das hat unser ehemaliger Vizekanzler Habeck öfter betont. Wenn man täglich fernsieht, und ich gestehe, dass ich leider viele Talkshows und viele politische Sendungen schaue, kann man nur deprimiert werden. Wir müssen da wirklich herauskommen, wirklich ein bisschen Hoffnung bekommen. Jede und jeder sollte sich selbst angeregt fühlen, daran mitzuwirken. Schon im Kleinen, am Arbeitsplatz, in der Umgebung, mit den Nachbarn, im Miteinander, in der kommunalen bis zur großen Politik.“ Hören wir doch einfach auf ihn und singen dazu leise ein Lied. Warum nicht: „Sag mir quando, sag mir wann“.

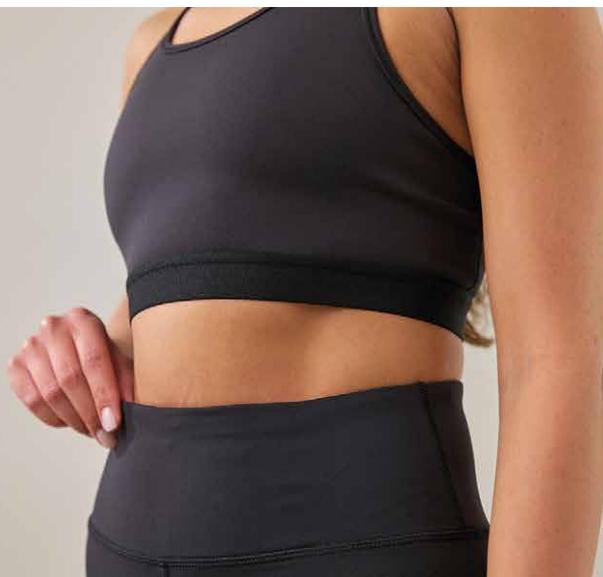
ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder.

20% GdP-Rabatt* auf alle Artikel
im Online-Shop.

20% Rabatt

*Nur für Neukunden ab 100€ Mindestbestellwert.



SNOCKS

Innenleben



Als Polizeihauptpersonalratsvorsitzender weiß Rolf Gumpert, wie man mit dicken Brettern umgeht.

PERSONALRATSWAHLEN SACHSEN-ANHALT

Unter Spannung

Neben dem Saarland finden auch in Sachsen-Anhalt Personalratswahlen statt. Im DP-Gespräch vernehmen wir den Hallenser Rolf Gumpert. Er sei eher der Ruhe-, nicht der Interview-Typ, sagt er, und erledige seine Arbeit lieber im Hintergrund. Dennoch konnten wir ein wenig aus ihm herauskitzeln. Der amtierende Polizeihauptpersonalratsvorsitzende und GdP-Spitzenkandidat für die Gruppe der Beamtinnen und Beamten über Schmutzdecke, zu kleine Garagen und kurze Wege in der Provinz.

Michael Zielasko

2010 ist Rolf Gumpert das erste Mal mit Personalratstätigkeiten in Berührung gekommen. Zunächst als stellvertretender Personalratsvorsitzender der damaligen Polizeidirektion Sachsen-Anhalt-Süd, später rückte er zum Vorsitzenden auf. 2020 kam die Wahl zum Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrats. Er habe in der zurückliegenden Zeit an verschiedenen Stellen hautnah mitbekommen, dass viele Dinge nicht gerade laufen, führt es aus. Zum Beispiel beim Arbeitsschutz. Wichtige Gründe, sich dem Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen zu widmen. Inhaltlich sei das alles kein Zufall, sagt Rolf und spielt auf seine polizeiliche Zeit bei den Umweltkriminalitätsermittlern an.

„Ich habe mich sehr für Umweltschutzrecht interessiert und Mitte der 1990er-Jahre begonnen, mich für die damals eingerichtete Umweltgruppe zu bewerben. Damals waren im Land zwei Umweltgruppen eingerichtet, eine in Magdeburg, die andere in Halle. Und die wurden wirklich gebraucht“, erzählt er. Da wurden alte Autos einfach abgestellt, Dreck wurde irgendwo in die Ecke gekippt. Das Bewusstsein für Umwelt sei in den 90ern nicht gerade ausgeprägt gewesen, sagt er ernst. „Rein gerutscht bin ich erst 1999.“ Teil dessen war auch eine sogenannte ABC-Truppe, die sich mit gefährlichen radioaktiven, biologischen und chemischen Stoffen beschäftigte. „Anfangs hast Du überall (radioaktive) Strahler gefunden. Die waren in irgendwelchen Produktionsanlagen eingebaut und das fachgerechte Entsorgen hat natürlich

ANZEIGE

**DU BIST FÜR UNS ALLE IM EINSATZ
UND ERLEBST GEWALT?**

 0800 - 116 006 0

[mensch.dgb.de](https://www.mensch.dgb.de) 

Wir sind für Dich da. Bei DGB und WEISSER RING erhältst Du Beratung und Unterstützung nach Gewalt im Dienst – bundesweit, kostenfrei und anonym gegenüber Arbeitgebenden oder Dienstherrn.

DGB

**VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH**



Geld gekostet. Gleiches galt für chemischen Abfall. Das wurde nicht selten illegal erledigt.“ Um mitmachen zu können, hatte Rolf die Prüfung zum ABC-Erkunder abgelegt.

„Als Ermittler haben wir Atemschutzgeräte getragen, wir hatten auch Chemikalienschutzanzüge“, erinnert er und dennoch: Manche notwendige Technik sei nur sehr zögerlich zur Verfügung gestellt worden. Klar, dass sich nicht wenige beschwert haben. Zum Beispiel auch die Brandursachenermittler, nämlich darüber, dass sie nicht die richtige Ausstattung für den Brandort hätten. „Das habe ich natürlich alles mitbekommen. Nicht alle Vorgesetzten waren davon überzeugt, unsere Partner sein zu wollen. Die fühlten sich als unanfechtbare Leitungskräfte. Mitunter bin ich dann etwas angeekelt. Im besten Sinne allerdings. Ich wollte ja kein Theater machen, sondern etwas erreichen. Das schaffst Du nicht, wenn Du den Leuten vor den Kopf stößt.“ Die Entscheidung, sich als Personalrat einzusetzen, reifte weiter. „Ich habe mir gesagt, da muss sich was ändern.“ Angefacht hat dies sicherlich auch eine Strukturreform, die seine Stelle vom Papier löschte.

Er musste umswitchen, entschied sich für die Wirtschaftskriminalität und absolvierte beim Bundes- und Landeskriminalamt die grundlegende Ausbildung. „Irgendwann bin ich dann gefragt worden: Sag mal, Mensch, möchtest Du nicht im Personalratswahlvorstand mitarbeiten? Okay, das war etwas Neues für mich, ich habe es gemacht und so erfahren, was die Personalräte alles bewegen.“

Aktuell hat der sachsen-anhaltische GdP-Hauptpersonalrat die mentale Gesundheit der Beschäftigten weit oben auf ihrer Agenda. „Wir wollen eine Rahmendienstvereinbarung über das betriebliche Eingliederungsmanagement, Schrägstrich, Gesundheitsmanagement schaffen.“ Die Rehabilitation bei ungerechtfertigten Disziplinar- und Strafverfahren. Das ist für Rolf dabei ein wirklich großes Thema. „Natürlich“, bekräftigt er. „Wir können nicht akzeptieren, dass Kolleginnen und Kollegen weiter Nachteile mit sich herumschleppen müssen, wenn an den Vorwürfen rein gar nichts dran war.“

Realisiert, so zählt er auf, haben wir ebenso die Ausgestaltung und den Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Tele- und Heimarbeit, dem mobilen Arbeiten und der Einrichtung von Satellitenarbeitsplätzen. „Während der Coronazeit haben wir im Land die Technik angeschafft. Wir sollten sie auch heute nutzen. Die Pandemie ist vorbei, die Technik ist da. Bevor das eingemottet wird und in irgendeiner Ecke verstaubt, lasst uns so schnell wie möglich eine Dienstvereinbarung Homeoffice einrichten. Das war der Gedanke. Sinnvollerweise haben wir uns jedoch zunächst einer Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit Beruf, Familie und Pflege angenommen. Damit schufen wir eine Grundlage, mit der wir junge Leute anziehen können.“ In den vergangenen fünf Jahren seien rund 2.500 Beschäftigte eingestellt worden. Darunter seien sicherlich auch junge Mütter und Väter.

TOP 3 auf seiner Liste ist der Datenschutz. Es geht primär um Smartphones mit dienst-

lichen Applikationen. „Wir werden nicht zulassen, dass die Beschäftigten vom Dienstherrn getrackt werden und eine Leistungs- und Verhaltensüberwachung stattfindet. Unser schärfstes Schwert ist und bleibt die Dienstvereinbarung.“ Entscheidend sei, dass der Arbeitnehmervertretung darin ausreichende Kontrollmöglichkeiten festgeschrieben werden. „Es wird ja weitergehen. Zum Beispiel mit der Bodycam, künftigen Streifenwagen, neuen fachlichen Anwendungen und Software oder dem Distanz-Elektroimpulsgerät. Diesen starken Beschäftigtendatenschutz haben wir vereinbart. Mit uns wird man die moderne und auch Nutzen bringende Technik nicht gegen unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen können.“

Diese Aufgabenliste ist ein ordentliches Brett. Natürlich nur neben dem, was sonst noch ansteht. Die Sprache soll nun eigentlich auf das Erholen kommen. Tja, da erzählt Rolf, dass er auf seinem Handy eine dauerhafte 24/7-Rufumleitung hat. „Es ist doch wichtig, dass man den Leuten hilft“, sagt er ganz Gewerkschafter und erwirkt den Eindruck, als suche er Absolution. „Ja, es gibt Anrufe am Abend, auch mal am Wochenende. Wir sind eben Polizei, und es ist nicht schlimm, wenn mal vergessen wird, dass ich vielleicht gerade keine Schicht habe. Und wenn ich einkaufen bin, dann sage ich das auch und rufe später zurück. Ich helfe immer, wenn es möglich ist. So ist meine Einstellung.“ Statt zwischenzeitlich entspannt, ist Rolf also meist unter Spannung. Erst recht, wenn es ein wichtiges Ereignis gibt. „Zum Beispiel bei einer Schusswaffen-

ANZEIGE



Wir helfen Kriminalitätsoffern.

Geben Sie weiter, was Ihnen am Herzen liegt

Unterstützen Sie Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität wurden. Mit einer Testamentsspende helfen Sie uns, Betroffenen in dieser Notlage zur Seite zu stehen.

Ihre Fragen rund um das Thema Erbe und Nachlass beantwortet Ihnen gerne:

 **Riccarda Theis**
 **Tel. 06131 8303 5020**
 **nachlass@weisser-ring.de**



Mehr unter
www.weisser-ring.de/erbschaften



DP-Gesächspartner Rolf Gumpert: „Es ist doch wichtig, dass man den Leuten hilft.“

anwendung oder einem Anschlag wie jünger in Magdeburg. Ich bin dann vor Ort. Zwar werde ich oft von den Krisen- und Interventionsteams zurückgewiesen. Die sagen dann, wir können Dich hier nicht gebrauchen. Ich weise dann in aller Ruhe darauf hin, dass der HPR da ist und gerne alle Fragen der Kolleginnen und Kollegen beantwortet. Es stimmt, ich schalte nicht ab, ich gehe ran“, schmunzelt er.

Und doch gibt es neben den Judoturieren seiner Söhne noch einen weiteren Ort der Zerstreuung. „Unsere Garage ist so klein, dass ich mein Auto da gar nicht rein-

kriege. Über die Jahre hat sich dort viel angesammelt. Bis ich beschlossen habe, aufzuräumen. Als ich es leer hatte, habe ich mir eine kleine Werkstatt eingebaut“, lächelt Rolf und verrät im gleichen Atemzug, dass er ja gelernter Tischler sei. „Na ja, eigentlich bin ich ein Bastler mit Hintergrundkenntnissen.“ Bevor er 1990 zur Polizei ging, hatte er zunächst den Gesellen gemacht und ist dann für drei Jahre zur Volksarmee. Es sollte sich nach seinem Plan ein Bauingenieurstudium anschließen, der Wende fiel jedoch seine Studieneinrichtung zum Opfer. Ersatz gab es nicht. „Ich bin ganz ehrlich. Ich dachte, bevor ich arbeitslos werde, gehe ich halt zur Polizei.“ Von einer falschen Entscheidung würde er heute nicht sprechen.

Seine Sporen verdiente er sich als Wechselschichtler zunächst im Polizeirevier Halle-Neustadt, damals ein Schwerpunktrevier, wo es, betont Rolf, richtig zur Sache gegangen war. Seinen weiteren Weg kennen wir bereits.

„Weißt Du“, sagt er, „Sachsen-Anhalt ist mit seinen etwa zwei Millionen Einwohnern ein wenig Provinz. Hier ist alles etwas enger. Und als Hauptpersonalrat habe ich natürlich viel kürzere Wege. Ich bin viel schneller an der Politik. Wir haben etwa monatlich ein festes Gespräch mit der Abteilungsleiterin 2 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Wenn ich zur Ministerin möchte, rufe ich sie an und blocke einen Termin. Genauso ist es auch andersherum. Ich denke, wir haben ein gutes Verhältnis.“ Und auch wenn er vereinzelt „auf den Tisch kloppen“ muss, weiß er genau, welche Rolle er zu vertreten hat.

Eines treibt ihn seit Längerem um. Es sind die Vorkommnisse um Chatgruppen, zumeist an Fachhochschulen. „Da liest Du wirklich ekelige Dinge wie rechtsextremes Gefasel und üblen Sexismus. Es ist gut und richtig, dass wir da mit dem eisernen Besen durchgehen und Leute, die nicht zu uns in der Polizei passen, aussortieren. Keine Diskussion. Allerdings gibt es Kolleginnen und Kollegen, die, ohne groß nachgedacht zu haben, mal einen Daumen zu einem Schrottpost gegeben haben. Die machen heute einen guten Dienst, sind in jeder Hinsicht bei der Sache und dann kommt das in einem anderen Zusammenhang raus. Das Ministerium differenziert nicht selten zu wenig und will harsch durchgreifen. Und dann ist es gut, dass diese Kolleginnen und Kollegen sich dann auf einen starken Personalrat verlassen können.“ Teils habe er ein Plädoyer vor dem Vorsitzenden der Einigungsstelle halten müssen. Der sei bei allen Angelegenheiten ein Vorsitzender Richter am Landesgericht. „In mehreren Verfahren haben wir gewonnen“, zeigt er sich zufrieden. Das prägt sich nicht nur bei ihm ein. Das Beamtenrecht ist vielleicht auf der Seite des Ministeriums, aber es geht auch um die Existenz, es geht um Menschen.“

Auch diese menschliche, empathische Seite macht die GdP aus, strahlt er. „Wir sind eine starke Gewerkschaft. Wir sind zuverlässig und sehr agil. Wir sind überall in der Polizei. Selbst in den kleinsten Ecken wird man immer die GdP antreffen. Wir stecken unsere Nase in alles rein und helfen, wo immer möglich.“ Gibt es eine klarere Wahlempfehlung? ■

Termin

HELM AUF!

Bikertreffen im Thüringer Wald/Rennsteig

Vom 5. bis 9. Juni 2025, rund um das Pfingstfest, werden wieder die Motoren gestartet. Im thüringischen Oberhof, Nähe Eisenach/Suhl, findet ein offenes Motorradtreffen für Biker aus der Polizei, der Justiz, dem Zoll und deren Angehörigen statt.

Detlef Schöne

Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung, so nach Erfurt, Schleiz, Suhl, Eisenach, Thüringer Wald und auf die Wartburg. Die Touren werden vor Ort ausgehängt. In gemütlicher Atmosphäre lassen sich dann abends nach PS-starkem „Ausritt“ interessante Benzingespräche rund um das Bike führen.

Die Veranstaltung ist eine Zusammenarbeit von IPA und Blue Knights.

Die Unterbringung erfolgt im Aparthotel Oberhof (Eckardtskopf 1, 98559 Oberhof). Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension.

Eventuell anfallende Gewinne werden einem Kinderheim gespendet.

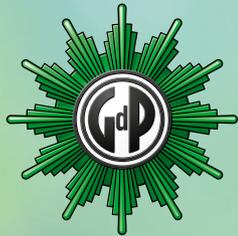
Weitere Termine sind geplant:

- ▶ 3. bis 6. Juli – Uslar/Weserbergland
- ▶ 7. bis 10. August – Sophienhof Harz
- ▶ 4. bis 7. September – Winterberg Sauerland

Über Anmeldungen freut sich Uwe Mohs: Per Telefon erreichbar unter 0162-183 53 72. Und wer lieber eine E-Mail schreiben möchte: uwe.mohs@gmx.de

In Frühlingslaune?

Gönn Dir was zum Vorteilspreis!



GdP-Plus
Partner



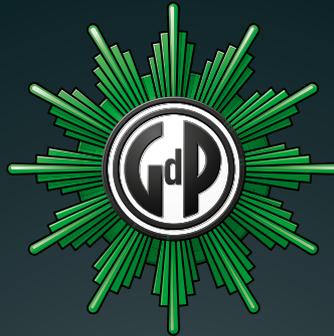
Nutze für Dich und Deine Familie die Rabatte der GdP-Plus Partner!

Einfach einloggen und shoppen:

Hier zum
Easy-Login!



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de



**Am 31. Mai 2024 wurde in Mannheim
#einervon uns, unser Kollege Rouven,
während seines heldenhaften Einsatzes
für uns alle durch die brutale, schreckliche Tat
eines Rechtsbrechers so schwer verletzt,
dass er am 2. Juni verstarb.**

In Gedenken

Die Gewerkschaft der Polizei

Im Einsatz – im Thema.

POLIZEI PRAXIS

**Die neue Ausgabe ist
ab Mitte Mai erhältlich!**

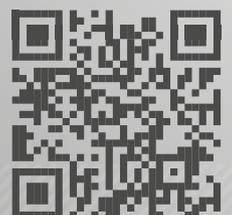
Informationen
zum Abonnement
findest du hier



POLIZEI PRAXIS

online erleben!

www.POLIZEIPRAXIS.de



Hingeschaut



gehörte, erinnert an Deutschlands historische Bedeutung für den globalen Terrorismus.

Die Flüchtlingskrise, in der mehr als eine Million Asylsuchende nach Deutschland kamen, verschärfte gesellschaftliche Spannungen und schuf ein Rekrutierungsumfeld für Extremisten. Viele Schutzsuchende stammten aus Konfliktregionen wie Syrien und Afghanistan, in denen terroristische Gruppen aktiv sind. Das Schengen-System mit offenen Grenzen ermöglichte zudem die unkontrollierte Bewegung von Extremisten, deren Propaganda und illegalen Finanzströmen – was Deutschland zu einem logistischen und operativen Knotenpunkt für den transnationalen Terrorismus machte. Dies stellt eine anhaltende Herausforderung für die deutsche Sicherheitslage dar, insbesondere in Anbetracht der großen muslimischen Bevölkerung, der hohen Flüchtlingszahlen und der historischen Verbindungen zu Dschihadisten-Netzwerken.

ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS UND TERRORISMUS IN DEUTSCHLAND

Wachsende Bedrohung

Deutschland steht womöglich vor einer komplexen Welle des islamistischen Extremismus und Terrorismus – eine Krise, die durch die Angriffe vom 7. Oktober noch verstärkt wurde. Diese Ereignisse wirkten als Katalysator für eine Radikalisierung innerhalb eines Teils der über 5,5 Millionen starken muslimischen Bevölkerung Deutschlands.

Dr. Abbee Corb

Der Anschlag vom 7. Oktober hat ein breites Spektrum radikaler Akteure mobilisiert – von sunnitischen Dschihadisten und palästinensischen Extremisten bis zu linken Aktivisten. Dies führte zu einer ideologischen Vernetzung, die Deutschlands Sicherheitslage erheblich erschwerte. Dieser Bericht untersucht die Ursachen der Krise und die Auswirkungen auf die deutsche Demokratie.

Zentrum des Extremismus

Deutschlands Anfälligkeit für islamistischen Extremismus und terroristische Aktivitäten ist tief in seiner Geschichte als Knotenpunkt für dschihadistische Netzwerke verwurzelt. Die Hamburger Terrorzelle von 9/11, zu der auch Mohammed Atta, der führende Attentäter des World Trade Centers,

Bedrohungslage

Der Islamische Staat (IS) und sein Ableger ISKP bleiben eine sunnitisch-dschihadistische Bedrohung in Deutschland. Seit Oktober 2023 hat das Institut für Strategischen Dialog (ISD) mindestens zehn IS-assoziierte Vorfälle in Deutschland dokumentiert. Diese Ereignisse zeigen die Herausforderungen bei der Überwachung von Asylbewerbern und die Anfälligkeit öffentlicher Räume für Einzeltäterangriffe.

ISKP nutzt Plattformen wie TikTok und Telegram zur Radikalisierung. Im Jahr 2024 wurden vier Jugendliche in Düsseldorf und Dortmund festgenommen, die durch ISKP-Videos auf TikTok radikalisiert wurden. Sie planten Angriffe auf Kirchen und Synagogen mit Messern und Molotowcocktails – ein Beweis für die Rolle sozialer Medien in der Radikalisierung und die Schwierigkeiten bei der Überwachung extremistischer Online-Aktivitäten.

Schiitischer Extremismus und Hisbollah

Die vom Iran unterstützte Hisbollah treibt schiitischen Extremismus in Deutschland voran. Die Blaue Moschee in Hamburg, die



Der Text wurde aus dem Amerikanischen übersetzt.

Eine Langfassung des Artikels ist auf gdp.de nachzulesen.

vom Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) betrieben wurde, unterstützte bis zu ihrer Schließung 2024 Hisbollah durch Finanztransfers in Höhe von zwei Millionen Euro und die Rekrutierung von Kämpfern für Syrien. Der deutsche Verfassungsschutz bezeichnete das IZH als eine Außenstelle der iranischen Revolutionsgarde (IRGC), die antisemitische Propaganda verbreitete. Nach Razzien, die Verbindungen zur Hisbollah bestätigten, wurde das IZH verboten. Berlin schob den IZH-Imam Nasir Niknejad ab, und Hamburg wies dessen Stellvertreter Seyed Soleiman Mousavifar aus, der online und finanziell Hisbollah unterstützte.

Palästinensischer Extremismus

Die Angriffe vom 7. Oktober führten zu einem Anstieg des palästinensisch geprägten Extremismus in Deutschland. Der deutsche Verfassungsschutz schätzt, dass etwa 450 Hamas-Anhänger jährlich rund drei Millionen Euro durch Tarnorganisationen wie die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ für den Gazastreifen sammeln. Eine Razzia in Kreuzberg im Jahr 2024 förderte 50.000 Euro sowie Propagandamaterial zutage – ein Beweis für das widerstandsfähige Untergrundnetzwerk der Hamas, mit dem Ziel, Angriffe auf jüdische Ziele zu finanzieren.

Samidoun nutzt verschlüsselte Plattformen zur Finanzierung und Mobilisierung. 2023 wurde die Gruppe vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wegen Verbindungen zur Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) verboten. Im April 2023 rief eine von Samidoun organisierte Berliner Demonstration offen zur „Befreiung Palästinas vom Fluss bis zum Meer“ auf und unterstützte damit terroristische Narrative. Deutschland wies 2020 den Samidoun-Anführer Khaled Barakat aus und verhängte ein vierjähriges Einreiseverbot aufgrund seiner PFLP-Verbindungen.

2023 wurde „Samidoun Deutschland“ aufgelöst, da die Gruppe antisemitische Propaganda verbreitete. Die Behörden warfen ihr vor, spontane Feiern nach den Hamas-Angriffen organisiert zu haben, was ihre radikale Ideologie offenbarte. Die deutsche Überwachung intensivierte sich 2024 weiter: Samidoun sammelte über verschlüsselte Plattformen mehr als 50.000 Euro, um Finanzierungsbeschränkungen zu umge-

hen. Die Entstehung der mit Samidoun verbundenen Gruppe Masar Badil verstärkte die Besorgnis. Masar Badil betreibt gezielte Online-Propaganda. 2024 stuften die USA und Kanada Samidoun als Terrororganisation ein, da sie Terrorismus finanziert und mit der PFLP verbunden sei.

Soziale Medien, Rekrutierung, Finanzierung und Mobilisierung

Soziale Medien sind unverzichtbare Werkzeuge extremistischer Gruppen in Deutschland, die sie zur Rekrutierung, Radikalisierung und Mobilisierung nutzen. Plattformen wie Telegram und TikTok verbreiten Propaganda, koordinieren Aktivitäten und ermöglichen Finanzierungen. Die 2024 in Düsseldorf und Dortmund festgenommenen Jugendlichen, die durch ISKP-TikTok-Videos radikalisiert wurden, unterstreichen die Gefahr jugendlicher Radikalisierung.

Extremisten nutzen verschlüsselte Plattformen für illegale Finanztransaktionen. Im Juni 2024 wurde ein deutscher Staatsbürger verhaftet, weil er 1.700 US-Dollar in Kryptowährung an ISKP überwies und eine Sicherheitsposition bei einem Fußballturnier – einem potenziellen Anschlagziel – angestrebt hatte. Dies zeigt die zunehmende Nutzung anonymer Finanzierungswege durch Terrorgruppen.

Narrative und Radikalisierung

Soziale Medien verstärken extremistische Narrative und spalten Gruppen durch digitale Echokammern, die radikale Überzeugungen vertiefen. Seit dem 7. Oktober feierten Nutzer auf Telegram und X (ehemals Twitter) die Angriffe mit Gewaltaufrufen und Videos. Dies trug zur Zunahme antisemitischer Straftaten um über 50 Prozent in Deutschland bei, während gleichzeitig anti-islamische Angriffe zunahmen.

Islamistischer und linksextremer Extremismus

Es gibt wachsende Besorgnis über die ideologische Überschneidung zwischen Islamisten, Terrorgruppen und der radikalen Linken in Deutschland. Diese Allianz vereint

unterschiedliche, aber kompatible Agenten – insbesondere die Ablehnung westlicher Interessen, Kapitalismus und Israels Existenzrecht.

Die Rote Hilfe e.V., eine linksradikale Organisation, unterstützte zunächst Samidoun im Sinne der palästinensischen Solidarität. Nach der offenen Terrorbefürwortung der Hamas nach dem 7. Oktober distanzierte sich die Gruppe jedoch, um rechtliche Konsequenzen zu vermeiden.

Terrorbedrohung in Deutschland

Die letzten zwei Jahre haben Deutschlands komplexe Terrorlage verdeutlicht, geprägt durch dschihadistische, schiitische und palästinensische Extremisten. Das Bundeskriminalamt (BKA) berichtete für 2024 einen Anstieg der Terrorermittlungen um 20 Prozent. Deutschland steht an einem entscheidenden Punkt. ■



GfP

DP-Autorin
Dr. Abbee Corb

ist Forscherin und Ermittlerin am Simon Wiesenthal Center mit weltweit anerkannter Expertise in den Bereichen Hass, Extremismus und Radikalisierung. Corb ist eine zertifizierte Master-Antiterrorismus-Spezialistin. Sie hat einen Dokortitel in Kriminologie und einen Master in Terrorismus- und Nachrichtendienststudien. Die Expertin wird in regelmäßiger Folge für DP berichten.

Medienrückblende



GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 am 02. April 2025

in „phoenix vor Ort“: „Am heutigen Tag ist es bewiesen, was die Menschen in Deutschland schon länger fühlen: In der Kriminalität hat sich etwas verändert. Es gibt mehr Opfer, es gibt mehr Polizisten, die Opfer werden, es gibt mehr Gewalt.“



Podcast „Wir leisten uns Gesellschaft“ – Folge #22 | Innere Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein Gespräch über die Arbeit der Polizei.

Das Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Raum wächst und viele fühlen sich schutzbedürftig – unabhängig davon, ob sich dieses Gefühl in offiziellen Statistiken wiederfindet. GdP-Chef Jochen Kopelke im Gespräch mit dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V. bei Spotify und iTunes.



Polizist im Gespräch – Gewerkschaft der Polizei für Legalisierung von Cannabis?! - #4 Podcast

Im „Mariana Cannabis“-Podcast unterhält sich Keno mit Alexander Poitz, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Ihr erfahrt unter anderem, was die Gewerkschaft von der Legalisierung und dem aktuellen Gesetz hält.



„Shop statt Club: Warum die Polizei eine Reform des Cannabis-Gesetzes fordert“.

GdP-Bundesvize Alexander Poitz im Gespräch mit Deutschlandradio Kultur



GdP-Vize Poitz: „Cannabis-Gesetz ist ein Mängel exemplar“

Die Teillegalisierung von Cannabis hat zu einer deutlichen Mehrbelastung für die Polizei geführt, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Alexander Poitz, in einem Gespräch mit NDR Info.



Bilanz: Ein Jahr Cannabis-Liberalisierung

Seit einem Jahr ist das Cannabis-Gesetz in Kraft. Philipp Eckstein beschreibt, was sich in der Zeit tatsächlich geändert hat. Alexander Poitz, Gewerkschaft der Polizei, kritisiert Mängel des Gesetzes. Tim Belke besucht einen Cannabis-Club in NRW.



DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 5 | 74. Jahrgang 2025
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

VanHope/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 48 vom 1. Januar 2025.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkshefts in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

179.587 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

WAFFENRECHT UND WAFFENTECHNIK

Für Polizei und Waffenbehörden

Von Niels Heinrich und Jörg-Henning Gerlemann.



1. Auflage 2024
Umfang: 504 Seiten
Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm
Preis: 109,00 € [D] / ISBN: 978-3-8011-0852-6

Dieses Buch bietet einen Überblick über das Waffenrecht und gibt einen umfassenden Einblick in die komplexe Beziehung zwischen Waffenrecht und Waffentechnik.

Der rechtliche Teil zielt darauf ab, Lesern ein vertieftes Verständnis der Materie zu vermitteln, indem es nicht nur das Waffengesetz und die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung behandelt, sondern auch spezifische Gesetze wie das Beschussgesetz, die Beschussverordnung sowie das Waffenregistriergesetz und dessen Durchführungsverordnung. Vom Waffenerwerb bis zu behördlichen Zuständigkeiten werden alle relevanten Aspekte abgedeckt.

Der technische Teil konzentriert sich auf die Unterscheidung verschiedener Waffen. Hierbei werden nicht nur Schusswaffen, sondern auch andere Waffentypen vom Messer über verbotene Gegenstände bis zu Panzerabwehrwaffen thematisiert und auch durch zahlreiche farbige Abbildungen vorgestellt.



DIE AUTOREN

Niels Heinrich, Kriminaloberrat; stellv. Leiter der Fachlichen Leitstelle Nationales Waffenregister; Waffensachverständiger, ehem. Leiter einer Waffenbehörde sowie Dozent.

Jörg-Henning Gerlemann, Leitender Regierungsdirektor, ehem. Leiter der Fachlichen Leitstelle Nationales Waffenregister war 12 Jahre Waffenrechtsreferent des Landes Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

STIMMUNGSVOLLE MOMENTE

CoolLux – Skandinavier Look in Kombination mit schlichtem und zeitlosem Design.

Entdecken Sie den Zauber dieser vom Origami inspirierten faltbaren Papierlampe Luna von CoolLux. Diese einzigartige Lampe kombiniert die Kunst des Origami mit einem funktionalen Design. Sie zeichnet sich durch klare Linien und natürlichen Holzsockel aus. Das subtile Spiel von Licht und Schatten, das durch den Papierschirm entsteht, bringt ein warmes und einladendes Gefühl in Ihr Zuhause.

CoolLux Luna

Faltbare, von Origami inspirierte Papier-LED-Lampe.
Höhe: 25 cm. Ø 21,5 cm. Gewicht 310 g.

110604

🌟 12,95 € 15,95 €

Schaffen Sie im Handumdrehen ein stimmungs-
volles und minimalistisches Ambiente mit den
faltbaren Papierdesignlampen Aurora und
Aurora Tall von CoolLux.

Die Lampe hat einen skandinavischen Look,
dank der Kombination aus schlichtem Design
und natürlichem Holzsockel.



CoolLux Aurora

Faltbare Papier LED-Lampe.
Höhe 22 cm. Ø 14,5 cm.
Gewicht: 270 g.

110603

🌟 10,95 € 13,95 €

COOLUX

CoolLux Aurora Tall

Faltbare Papier-
LED-Lampe.
Höhe 32 cm.
Ø 16 cm.
Gewicht 300 g.

110605

🌟 12,95 € 15,95 €



Alle Lampen werden kompakt geliefert, mit wenigen einfachen Schritten verwandeln Sie sich in ein stilvolles Lichtobjekt. Die LED-Lampen, werden über ein mitgeliefertes USB-C-Kabel betrieben (Ladegerät ist nicht im Lieferumfang enthalten).



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.05.2025

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de